

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeilen 40 Pfg. **Telephon Nr. 535**

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Mai

Wie oft ist schon der Mai besungen —
Und doch wird nie dem Bob ein End'
Denn Maienlebe, Maienwonne —
Wo auf der Welt man Schöneres fand!'

O, glücklich Verz — das noch kann blühen
Auf einen freien, frohen Mai —
Und glücklich, wer in Herbstestagen
Daran zurück denkt ohne Reu. —

Wenn Jugendtage sind vorüber,
Man stille sinnend denkt zurück —
An — wenn auch arbeitreiche Jugend,
„Denn grad die Arbeit birgt das Glück!“

So wünsche ich den Jugendfrischen,
Die heiß ersehnen Maienzeit —
Dass warm und mild die Sonne scheint
Und mache ihre Herzen weit.

Dass immerdar im Verzen bleibe,
Der Glaube — der die Menschen hebt —
Die Liebe — siegreich bis zum Tode
Und Hoffnung — „die zum höchsten strebt!“
Dittke Gehles.

Fabrikarbeit der Frauen.

Die Zahl der weiblichen Personen, welche in Fabriken, in Industrie und Gewerbe Arbeit suchen und finden, wird von Jahr zu Jahr größer. Nach der Berufszählung vom 12. Juni 1907 im deutschen Reich wurde eine Gesamtbevölkerung von 61 720 529 Personen festgestellt. Davon waren 30 461 100 Personen männlichen, 31 259 429 weiblichen Geschlechts. Seit der vorhergehenden Berufszählung 1895 hat das männliche Geschlecht um 19,88%, das weibliche Geschlecht jedoch nur um 18,58% zugenommen. Fast man die Zahl der Erwerbstätigen ins Auge, so ergibt sich daß in dieser Gruppe das weibliche Geschlecht in weit höherem Maße sich vermehrt hat, als das männliche. Die Vermehrung der männlichen Erwerbstätigen von 1895 bis 1907 war prozentual geringer als die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigen überhaupt. Die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigen dagegen betrug bei der letzten Berufszählung, gegenüber jener 1895, 2 979 105 Frauen. Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen machte damals noch nicht ganz ein Fünftel des weiblichen Geschlechts aus, jetzt betrug sie mehr wie ein Viertel, genau 26,37%.

Die Zahl der im Hauptberuf erwerbstätigen Arbeiter-Gehilfen in Industrie, Handel und Verkehr stieg von 1895 bis 1907 um 3 363 892, also auf insgesamt 10 552 650, hauptsächlich in Industrie und Handel tätige Personen. An der Vermehrung nahmen teil die männlichen Arbeiter mit 43,4%, die weiblichen Arbeiter aber mit rund 60%. Es waren nämlich in Industrie und Handel vorhanden, 1895 5 831 401 männliche und 1 357 307 weibliche Arbeiter; 1907 stiegen diese Zahlen auf 8 384 409, bzw. auf 2 167 732.

Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten ist ebenfalls zu ersehen, daß die Zahl der Arbeiterinnen sich im Laufe der letzten Jahre ständig vermehrt hat. Von 1906 bis 1907 haben in Bayern die Arbeiterinnen um 6936 zugenommen. Während in derselben Zeit die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter um 4,2% stieg, hat sich die Zahl der erwachsenen weiblichen Arbeiter um 4,37% vermehrt. 1907 bis 1908 haben die männlichen Arbeiter um 0,6%, die weiblichen um 3,1% zugenommen.

Die preussischen Gewerbeverzeichnisse im Jahre 1908 eine Abnahme der Arbeiterzahl in den Fabriken um rund 50 000. Die erwachsenen männlichen Arbeiter sind dabei am meisten beteiligt, nämlich 47 261 Mann. Die Arbeiterinnen stellen hierbei nur einen kleinen Bruchteil: 2111 Frauen.

Die Frage, ob eine Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit in Fabriken stattgefunden habe, findet von den einzelnen

Gewerbeberatern in den Jahresberichten für 1908 eine recht verschiedene Beantwortung. Der Beamte für Aachen konstatiert, daß in der Papierindustrie von einer solchen Verdrängung nicht geredet werden könne, wohl aber in der Tuchindustrie. Weshalb großen Umfang die Frauenarbeit in den Tuchfabriken dieses Bezirks angenommen hat, geht daraus hervor, daß auf 100 Arbeiter jetzt 85,5 Arbeiterinnen entfallen. In dem Bericht über die Verhältnisse im Inspektionsbezirk Düsseldorf heißt es: In der Zahl der Betriebe, welche Arbeiterinnen beschäftigen, im Vergleich zu der Gesamtzahl der vorhandenen Anlagen, als auch in der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen ist im Vergleich zur Zahl der männlichen Arbeiter ein, wenn auch geringer, Rückgang zu verzeichnen.

In der Gruppe IV, Maschinenwerkzeuge, seien jedoch auffallende Verschiebungen zu verzeichnen: „So fand in der Harner Metallbruchwarenindustrie, in der Knöpfe, Schnallen, Gürtelschnallen, Nieten etc. hergestellt werden, die Bedienung der Maschinen, solange diese von Hand betätigt wurde, allgemein durch männliche Arbeiter statt, da sie einen erheblichen Kraftaufwand erforderte. In den letzten Jahren ist diese Industrie jedoch mit Erfolg bemüht gewesen, den Antrieb der Maschinen durch motorische Kraft und die Zu- und Abführung des Werkstückes selbständig zu bewerkstelligen. Die Bedienung wurde dadurch so vereinfacht und erleichtert, daß sie unbedenklich weiblichen Arbeitskräften übertragen werden konnte. Aus gleichen Gründen ist in verschiedenen der in der Remscheid Gegend vertretenen Schlitzschuhfabriken, Fabriken zur Herstellung von Haushaltmaschinen und Feilenfabriken sowie in der in Welschert und Umgegend heimischen Schlossindustrie die Bedienung der kleinen Maschinen, wie Pressen, Stangen, Bohrmaschinen, Feilenhaumaschinen, zum Teil in die Hände von Arbeiterinnen übergegangen, und dadurch eine Verbilligung der Produktion erzielt worden.“

Der Gewerbeberater für den Bezirk Köln berichtet, daß die Zahl der Arbeiter von 86,1 Prozent auf 84,4 Prozent gesunken, die Zahl der Arbeiterinnen jedoch von 13,9 Prozent auf 15,6 Prozent gestiegen sei. Sodann wird gesagt: „Die absolute und prozentuale Steigerung der Arbeiterinnenziffern tritt besonders auch in der Industrie der Maschinen, Werkzeuge und Apparate (IV) hervor. In den Betrieben dieser Industriegruppe und bei der Metallverarbeitung (V) werden die Arbeiterinnen zu Arbeiten herangezogen, die zwar keine größere Körperkraft, aber Ausdauer und Gewissenhaftigkeit erfordern. Hierbei kommen vornehmlich in Betracht die Betriebe, in denen Stockbeschläge, Pfeisenschläuche nebst Beschlägen, Blechemballagen, Muttern und Schrauben, elektrische Glühlampen und Einrichtungsgegenstände für elektrische Beleuchtung hergestellt werden. Ein großer Teil der Arbeiten in diesen Betrieben ist seiner Natur nach direkt auf weibliche Hände angewiesen, so daß im allgemeinen von einem Verdrängen der Männerarbeit durch Frauenarbeit nicht die Rede sein kann. Hin und wieder trifft man aber Arbeiterinnen an, die früher von Männern und jetzt von weiblichen Arbeitskräften verrichtet werden; doch haben dann die dafür notwendigen Betriebsmittel, wie Arbeitsmaschinen usw., eine der weiblichen Arbeitskraft Rechnung tragende Aenderung erfahren.“

Interessant ist auch nachfolgende Stelle aus dem angezogenen Bericht: „Das in der Konkurrenz begründete Bestreben, die Herstellungskosten des Fabrikates so niedrig wie möglich zu gestalten, drängt naturgemäß dazu, bei der Fabrikation neben anderen Maßnahmen besonders auf billige Arbeitskräfte zu sehen. Die im Vergleich zur Entlohnung der Männerarbeit wohlfeilere Arbeitskraft bietet ein willkommenes Mittel hierzu. Wo dem Unternehmer daher diese zur Verfügung steht, wird er sie in einem Umfange heranzuziehen bestrebt sein, wie es die Art der Fabrikation und die Rücksicht auf die Marktfähigkeit seines Fabrikates nur irgendwie gestatten. Daß sich hierdurch eine Verdrängung der Männerarbeit

durch Frauenarbeit unter gewissen Verhältnissen allmählich vollziehen kann, liegt auf der Hand.“

Noch instruktiver zur Beurteilung der vorwärtigen Frage und der Frauenarbeit überhaupt ist der Bericht der Breslauer Fabrikinspektion. Von den 139 664 dort in Betracht kommenden Arbeitern waren rund ein Drittel weiblichen Geschlechts. In dem Bericht heißt es sodann: „Die Frau ist von jeher, meist schon seit Beginn der Unternehmungen, in starkem Maße zur gewerblichen Arbeit herangezogen worden; ihre Heranziehung war zum Teil eine Grundbedingung für die Entwicklungsmöglichkeit der Industrien. Deshalb ist für eine noch größere Inanspruchnahme ihrer Arbeitskraft nicht mehr viel Raum. Immerhin treten bei einer Prüfung der Frage nach dem Erfolg und der Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit bezeichnende Erscheinungen zutage. So hat in der Zigarrenindustrie des Bezirks Reichenbach die Zahl der Frauen unverhältnismäßig zugenommen; während im Jahre 1902 auf 59 Männer 187 Frauen entfielen, war das Verhältnis im Jahre 1907: 45 zu 211 und im Jahre 1908: 67 zu 267. Die Frau arbeitet hier nicht allein billiger, sondern nach wiederholt ausgesprochener Meinung wohl auch zuverlässiger als der Mann. — In einer Steingutfabrik hat eine Aenderung im Fabrikationsverfahren den Umschwung zumege gebracht. Die Herstellung von Klotztrichtern erfolgte früher in Handformerei durch Männer. Inzwischen ist es gelungen, die Gegenstände in Gipsformen zu gießen. Infolgedessen konnte die Zahl der Männer von 150 auf 30 verringert werden. An Stelle der Ausgeschiedenen treten 30 weibliche Personen, welchen die Befestigung der Gußnähte und sonstige Reparatur zugewiesen ist. — Wird von solchen Verschiebungen, die in jüngster Zeit in einzelnen Fällen bekannt geworden sind, abgesehen, so hat die Prüfung im großen und ganzen ein negatives Ergebnis gehabt. Freilich ist, soweit die Erfahrung reicht, umgekehrt ein Erfolg der Arbeiterinnen durch Arbeiter auch nur dann eingetreten, wenn bestimmte, unzweideutige gesetzliche Vorschriften, wie die für die Ziegeleien, die Steinbrüche, die Zuckerraffinerien erlassenen, die Frauenarbeit einschränkten und verboten. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß der Verdrängung der Männer durch Frauen im Schriftsehergewerbe durch den Buchdrucker tarif wirksam vorgebeugt worden ist.“

Ferner wird dargetan, wie ungemein schwere Arbeiten durch Frauen verrichtet werden: in Steinbrüchen, Ziegeleien, in Marmor- und Schleifereien, bei Erbschachtarbeiten etc. etc. Auch das Abnehmen der nasen Steine von der Ziegelpresse und das Aufschieben auf den Elevator oder die Karre ist eine ungeeignete Frauentätigkeit. Die Arbeiterin hat dabei je zwei, oft drei Steine in ungefährem Gewicht von je 4 bis 5 Kilogramm, also jedesmal 8 bis 15 Kilogramm, anzuhieven und wegzulegen. Bei einer Tagesleistung der Ziegelpresse von 10 000 Steinen hat eine Arbeiterin also, unter der Voraussetzung, daß zwei Frauen die Presse bedienen und sich beim Abschneiden und Absetzen der Steine regelmäßig abwechseln, in der Arbeitsschicht mindestens 20 000 Kilogramm Masse zu heben, wobei noch erschwerend wirkt, daß mit der Förderung der Presse Schritt zu halten ist, daß die Arbeit, die im Stücklohn vor sich geht, stete Spannung und Aufmerksamkeit verlangt, daß sie unter fortwährendem Beugen und Wenden des Oberkörpers stehend verrichtet wird und sich überdies häufig in feuchten und zugigen Räumen vollzieht. Ungeeignet ist auch die vielfach übliche Verwendung von Frauen zum Einsetzen der Ziegel in die Trockengerüste, denn die Frauen müssen hierbei die hohen Gestelle auf unzureichenden Leitern erklimmen, haben keinen Halt bei der Arbeit und müssen sich übermäßig recken; hinzukommen der Aufenthalt in dunstiger, staubiger Luft und das Zusammenarbeiten beider Geschlechter. In einer Zementfabrik haben Frauen die 4 bis 10 Kilogramm schweren Holzkübel in den Elevator und in die nach der Packmaschine führende Transportrinne zu werfen. Die Last ist auf Tischhöhe zu heben, und die Arbeit muß derart beschleunigt werden, daß ihr nur außergewöhnlich kräftige Personen gewach-

sen sind. Männer haben dabei nicht lange ausgehalten.

In der Papier- und chromolithographischen Industrie gab die Bedienung von Hand-Prägebalanzierpressen wegen der damit verbundenen Körperanstrengung Anlaß zu Bedenken.

Der Beamte für den Inspektionsbezirk Potsdam konstatiert ein Steigen der Frauenarbeit um rund 12 Prozent in den letzten 5 Jahren.

Die Besondere für die Inspektionsbezirk Potsdam konstatiert ein Steigen der Frauenarbeit um rund 12 Prozent in den letzten 5 Jahren.

Der Gewerbeamt für den Inspektionsbezirk Potsdam konstatiert ein Steigen der Frauenarbeit um rund 12 Prozent in den letzten 5 Jahren.

Am Ende Deiner Bahn ist gut Zufriedenheit; doch wer am Anfang ist zufrieden, kommt nicht weit.

Die Wertpensionsklassen vor dem Reichstag.

In der Reichstags-Sitzung vom 29. April kam eine Interpellation Wortlaut (S. 60) und Gen. zur Verhandlung.

Die Wertpensionsklassen vor dem Reichstag. In der Reichstags-Sitzung vom 29. April kam eine Interpellation Wortlaut (S. 60) und Gen. zur Verhandlung.

Nach einer längeren Begründung der Interpellation durch den Abg. Sebering machte der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg zu der vielumstrittenen Frage folgende Ausführungen:

Die Wertpensionsklassen reichen in eine Zeit zurück, in welcher die Verhältnisse der Arbeiter und des Arbeitgebers anders gestaltet waren, wie heute.

Betrachtet man die Wertpensionsklassen lediglich unter dem Gesichtspunkte der Versicherungsanordnung, dann können sie allerdings in einer Beziehung der Prüfung nicht standhalten.

Man hat zunächst versucht, vor dem ordentlichen Gerichte mit der Auffassung durchzubringen, daß Pensionsklassen, die das Versicherungsrecht des Arbeiters mit seinem Ausschneiden aus dem Betriebe beendet sein lassen, gegen die guten Sitten verstoßen.

Ich glaube also mit dem Zweck der Arbeitgeber rechnen zu müssen, sich einen festen Arbeiterstamm zu sichern.

Wenn das so ist, dann laufen alle Bestrebungen der Arbeiterschaft, die die Interpellanten hier vertreten, dem Zwecke der Pensionsklassen zuwider.

Der Abzug der Rassenbeiträge vom Lohne erfolge lediglich aus wirtschaftlichen Gründen.

Eine Zwangsrukskultivierung der Beiträge würde den Fortbestand zahlreicher Pensionsklassen schwer gefährden.

Dies ist unter Berücksichtigung der von mir dargelegten Bedenken möglich, und ich bin auch schon mit einzelnen Regierungen in Erwägungen und Verhandlungen darüber eingetreten.

Reichstagsabg. Kollege Giesberts führte folgendes aus:

Im Gegensatz zum Staatssekretär bin ich der Meinung, daß es sehr wohl angezeigt war, die Frage jetzt wieder zur Debatte zu stellen.

Ich bestreite durchaus nicht, daß manche Arbeitgeber bei Errichtung der Klassen sich von der besten Absicht haben leiten lassen.

Ein Arbeiterideal.

Gedanken zu Schillers Glode von Prof. Dr. Müller.

Das Heil kam und kommt immer von den Großen, den Ganzen, den Vollmenschen.

Trotz der poetischen Bedeutung der Glode weiß jeder, daß die Handarbeit, welche die Glode von der Herstellung bis zur Vollenbung verlangt, recht präzisier Natur ist.

wissenschaftliche Bildung. Gesondere Betrachtungen sind wohl kaum angestellt worden, über das Leben mit seinen verschiedenen Erscheinungen, vom Einzelnen des Kindes, des Knaben und des Mädchens bis zur harmonischen Einheit zwischen Mann und Frau in der Familie.

Bei allem Gedankenreichtum gehört der Meister nicht zu den Menschen, die über dem Sinnen und Denken das Handeln vergessen.

ein Herz für seine Gesellen, sie sollen nicht stumpfsinnig um des Lohnes willen arbeiten; munter und freudig muß das schöne Werk vollendet werden; auch sie sollen, im Herzen spüren, was ihre Hand schafft.

Ist der Meister auch eine in sich selbst ruhende, starke Persönlichkeit, die nicht von andern Licht und Kraft erhält, sondern selbst Licht und Kraftträgerin ist, so reißt er sich doch bereitwillig als dienendes Glied in die große Familie der Menschheit.

auf die besondere Gesundheitsgefährlichkeit ihrer Betriebe bis zu einem gewissen Grade verpflichtet seien, ihren Arbeitern für ihre alten Tagen einen Zuschuß zu gewähren. Ebenso ist aber unzulänglich, daß die Arbeitgeber sich von einem — ich will einmal sagen — berechtigten Egoismus haben leiten lassen. Sie wollten, um sich einen festen Stamm ständiger Arbeiter zu schaffen, ohne die manche Betriebe in der Tat nicht auskommen können, ihre Arbeitsverhältnisse als besonders vorteilhaft erscheinen lassen. So berechtigt dieses Bestreben an sich auch sein mag, so darf man doch andererseits die ganze Einrichtung nicht mit Bestimmungen belasten, die die Erbitterung der Arbeiter hervorrufen müssen.

Der Hauptbeschwerdepunkt ist in erster Linie der Beitragszwang. Der Einwand der Arbeitgeber, die Arbeiter brauchten ja in das Dienstverhältnis nicht einzutreten, wenn ihnen die Versicherungsbedingungen nicht paßten, ist in keiner Weise stichhaltig. Der Arbeiter, der auf der Suche nach einer Arbeitsstelle ist, befindet sich meist in einer solchen Notlage, daß er über solche Unannehmlichkeiten vorerst hinweggeht, und selbst wenn er das nicht tun wollte, so bleibt ihm gar keine Wahl, denn in der schweren Eisenindustrie haben alle größeren Werke derartige Einrichtungen bereits getroffen. Es würde schon eine ganz erhebliche Erleichterung sein, wenn man den Eintritt in die Pensionsklassen von einer bestimmten Dienstdauer abhängig machen würde. Zu meiner Zeit, als ich noch in den staatlichen Werkstätten tätig war, wurde den Arbeitern erst nach einjähriger Tätigkeit im Betrieb die Frage vorgelegt, ob sie in die Klasse eintreten wollten. Jetzt müssen die Arbeiter, auch wenn sie gar keine Aussicht haben, auf Jahre hinaus im Betriebe beschäftigt zu werden, sofort der Klasse beitreten und Eintrittsgeld und Beiträge zahlen. Das führt im einzelnen Falle zu außerordentlich großen Härten. Man sollte meinen, hier ließe sich mit Leichtigkeit Abhilfe schaffen, ohne daß die Werte große Opfer zu bringen brauchen.

Die zweite Beschwerde bezieht sich darauf, daß keine Rückzahlung der Beiträge stattfindet. Ein Vergleich mit den Gewerkschaften, die auch keine Rückzahlung kennen, ist völlig unzutreffend. Da handelt es sich um ganz andere Verhältnisse. Wenn eingewendet wird, daß eine Rückzahlung der Beiträge die finanzielle Grundlage der Klasse gefährden würde, so mache ich demgegenüber darauf aufmerksam, daß kein Mensch, auch nicht der Interpellant, die Rückzahlung der vollen Beiträge verlangt. Die Arbeiter haben nichts dagegen, wenn ihnen entsprechend dem Risiko, das sie der Klasse bedeutet haben, ein Teil ihrer Beiträge zurückerstattet wird. Bei gutem Willen ließe sich also die Rückzahlung sehr gut durchführen. Es liegt lediglich bei den Klassen selbst, und ich begreife nicht, wie speziell eine Firma wie Krupp, die doch sonst in sozialer Beziehung nicht rückständig ist, sich erst durch eine gewaltige Opposition der Arbeiter zu einem Schritte bringen läßt, den sie schließlich doch, ebenso wie andere Werte, tun muß.

So wie bisher kann es jedenfalls nicht weiter gehen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, daß die Unzufriedenheit und Erbitterung der Arbeiter noch weiter steigt. Sie steigt nicht etwa nur, weil eine lebhaftere Agitation entfaltet wurde! Davon kann gar keine Rede sein. Es gehört unter allen Umständen Mut dazu, Einrichtungen einer Firma, wie Krupp, öffentlich anzukritisieren und noch vor nicht allzu langer Zeit hätte das kaum jemand gewagt. Wem hat, trotzdem er selbst mit diesem oder jenem unzufrieden war, in das Loblied eingestimmt.

Aber das ist allerdings richtig. Selbst in den Krupp'schen Werken ein sozialer Geist weht, seitdem die Verwaltung, das muß offen anerkannt werden, in ihrem Verhalten gegenüber den Arbeiterorganisationen freier geworden ist, kommt manches zum Ausdruck, was sonst nicht in die Öffentlichkeit drang. Die Firma Krupp hat gewiß Fortschritte gemacht, die nach mancher Richtung hin als vorbildlich gelten könnten. Aber gerade deshalb sollte sie ihr Verdienst nicht dadurch verdunkeln lassen, daß sie Bestimmungen aufrecht erhält, die auf die Dauer einfach unhaltbar sind.

Durch Gejeze, die einen obersten Gesetzgeber voraussetzen. Als ein Mann, der innerlich frei ist von den Banden der Leidenschaft, der die Freiheit des Willens in allen Menschen schätzt, tritt der Meister ein für eine selbst gewollte Unterwerfung unter die gesetzgebende Behörde. Er verwirft den blinden Frischlingsdrang, der in zügelloser Willkür, im Sturz der gesetzgebenden Autorität sein Ideal sieht, das aber nichts ist als eine Verzerrung des Menschheitsbildes, als eine Herabwürdigung des freien Menschentums zur zügellosen Brutalität der Stärksten.

Als Mann des Fortschritts ist der Meister der Ansicht, daß die Menschheit auf der Stufe der Vollendung der äußeren Autorität nicht mehr bedarf, sondern die Menschen bindet zu einer „Eintracht in herzinnigem Vereine“, die aber eine Autorität über sich anerkennt, den obersten Gesetzgeber, den Vater der Liebe.

Der Meister selbst hat diese Vollendung erreicht, er tut das Gute aus innerem Bedürfnisse heraus, durchdrungen von dem Glauben an einen Gott, der die Menschheit in Liebe leitet, gestützt auf die Hoffnung auf Fortsetzung und Vollendung des Erdenglückes im Jenseits. Zeit und Ewigkeit, diesseits- und jenseitsgedanken, Erdenglück und Himmlsrieden — im Meister der Glocke sind sie in schönster Harmonie vereinigt.

Wer zu dieser Harmonie der ganzen Menschen, der Vollmenschen gelangen will, der gehe zu diesem schlichten Arbeitermeister in die Schule. Neben der als reifer Mensch in jünger Abendstunde Schillers Lied von der Glocke, das hohe Lied der Arbeit liebt, dem wird aus jeder Zeile die Harmonie einer vollendeten Persönlichkeit in die Seele tönen und dort verwandte Klänge wecken.

hens von einer einjährigen Beschäftigung abhängig gemacht werden würde, und wenn wenigstens ein Teil der Beiträge zurückgezahlt würde, so würde das schon ein bedeutender Fortschritt sein. In der Frage, ob und welche Maßnahmen die Regierung ergreifen soll, hat auch der Staatssekretär leider sehr wenig Euphorien gemacht. Vielleicht sucht sie aber in anderer Weise auf die Werte einzuwirken, daß sie eine Revision der nachgerade unhaltbar gewordenen Zustände herbeiführen.

Die Zukunft wird uns in der großen Industrie vor die Möglichkeit stellen, daß große Betriebsanstaltungen erfolgen. Solche Betriebsanstaltungen kommen selbstverständlich nur in Wahrnehmung berechtigter Interessen vor. Für die Arbeiter aber werden sie die schwerwiegende Folge haben, daß sie aller Ansprüche gegen die Pensionsklassen beraubt werden, zu der sie möglicherweise jahrzehntelang beigetragen haben. Ich bitte die Regierung dringend, den Wünschen der Arbeiter ein geneigtes Ohr zu schenken. Noch ist es Zeit, die Arbeiterzeitung zur Mitarbeit an der Neuordnung der Pensionsklassen zu gewinnen.

Auch die Liberalen Abg. Jan und Cuno traten für eine gesetzliche Regelung der Frage ein. Die Regierung scheint sich allerdings noch immer in zarter Rücksichtnahme auf die Großindustriellen an einem nachdrücklichen Eingreifen vorbeizubringen zu wollen. Die organisierte Arbeiterzeitung, die unter dieser Zwangs-„Wahlfahrt“ leiden muß, wird jedoch solange das öffentliche Gewissen schärfen, bis die unbedingte notwendige Abhilfe geschaffen ist.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

Monat März 1909.

In der Rohstenerzeugung hat sich die im Vormonate für Oberdeutschland gemeldete Verschlechterung im Berichtsmonate fortgesetzt, was zu vereinzelt Arbeitszeitverkürzungen und gelegentlichen Feler-schichten führte. Die vorhandenen Arbeitskräfte erwiesen sich infolgedessen teilweise als ausreichend. Im Westen hielt sich der Geschäftsgang bei einem erheblichen Ueberangebot von Arbeitern auf der Höhe des Vormonats. Es war dort möglich, außer der Produktion noch einen Teil der Vorräte zu verladen. Die mitteldeutschen Eisenwerke hatten keine Veränderung zu verzeichnen.

Der Eisen- und Stahlmarkt zeigt ein Bericht über die ersten drei Monate des laufenden Jahres vor. Danach war die Beschäftigung im ersten Jahresviertel 1909 zum Teil etwas stärker als im letzten Viertel 1908. Die allgemeine Marktlage erfuhr infolgedessen nach einem kurzen Anlaufe zur Besserung einen Rückschlag. Die Preise sind gefallen, und dabei ist der Eingang von Bestellungen sehr gering. Handel und Verbraucher zeigten allerwärts andauernd große Zurückhaltung.

In den bairischen eisernen Werken war der Geschäftsgang normal.

Die Beschäftigung der dem Stahlwerksverband angehörenden Werke war, soweit Halbzeug, Eisenbahnmateriale und Formeisen in Betracht kommt, etwas besser als im Vormonate. Der um rund 120 000 Tonnen höhere Bestand steht teilweise im Zusammenhang mit der für den Abschluß des Geschäftsjahrs gestiegenen Tätigkeit der Werke. Gegenüber März 1908 war die Beschäftigung ebenfalls etwas etwas besser, der Bestand um 30 000 Tonnen höher als im Vorjahre. Vielfach trat ein großes Ueberangebot an Arbeitern in die Erscheinung.

Die Blechwalzwerke melden überwiegend eine Verschlechterung der Geschäftslage.

Die Nickelwalzwerke hatten unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse betriebigend zu tun.

Die Eisenwerke hatten nach der überwiegenden Anzahl der eingegangenen Berichte nach wie vor keine ausreichende Beschäftigung aufzuweisen. Mehrfach wurde sogar eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonate gemeldet. Als einer der Gründe dafür wird die außerordentlich ungünstige Gestaltung des amerikanischen Eisenmarkts angeführt. Befriedigende Ergebnisse wurden fast nur in Süd-Deutschland erzielt.

In der Drahtindustrie hielt die für den Vormonat berichtete Belebung im allgemeinen an. Ein stärkeres Ueberangebot von Arbeitskräften war nur in Westdeutschland zu verzeichnen.

Für die Kleinmaschinenindustrie liegt zunächst ein Bericht über die Lage der Nadelindustrie im ersten Vierteljahr 1909 vor. Danach hat sich die Geschäftslage gegenüber derjenigen in den vorhergehenden drei Monaten im allgemeinen nicht geändert. Für die nächste Zukunft wird eine Besserung erwartet. Betriebsanstaltungen und Arbeiterentlassungen waren vermeidbar, dagegen fanden Arbeitsverkürzungen in geringem Umfange statt. Die Nürnberger Kleinmaschinenindustrie war wie im Vormonate genügend beschäftigt. Eine leichte Besserung zeigte sich nach einem Bericht aus Breslau in der Fabrikation von Schrauben, Muttern, Nieten und dergleichen; immerhin blieb die Beschäftigung hinter der gleichen Zeit des Vorjahrs zurück. Die bereits gemeldeten Arbeitszeitverkürzungen mußten beibehalten werden.

Im allgemeinen Maschinenbau war der Geschäftsgang, soweit sich nach den Berichten übersehen läßt, befriedigend. Teilweise sind Verbesserungen gegenüber dem Vormonate zu verzeichnen gewesen. Trotzdem stand die Beschäftigung hinter der des Vorjahres vielfach zurück. Fast allenthalben

herrschte mehr oder weniger starkes Ueberangebot von Arbeitskräften.

Ueber die Tätigkeit der Dampfmaschinenfabriken und Armaturwerkstätten läßt sich kein einheitliches Bild gewinnen. Verschlechterungen gegenüber dem Vormonate werden nur vereinzelt gemeldet, jedoch sind auch Verbesserungen in größerem Umfang anzunehmen nicht vorgekommen.

Im Eisenbahnbau herrschte der selbe schwache Geschäftsgang wie im Vormonate. Im Lokomotivbau war er teilweise unbefriedigend. Hier war ein starkes Angebot von Arbeitskräften zu verzeichnen.

Die Automobilindustrie war durchgängig gut beschäftigt, was im wesentlichen auf Saisonverhältnisse zurückzuführen ist, da der Absatz von Kraftfahrzeugen im Frühling und Sommer am stärksten ist. Jedoch ist zu bemerken, daß die Beschäftigung in der Mehrzahl der Fälle schwächer, und nur vereinzelt besser war als im Vorjahre. Soweit sich aus den eingegangenen Berichten ersehen läßt, arbeitete besonders die auf die Verstellung von leichteren Gebrauchswagen für Geschäfts- und Berufszwecke gerichtete Industrie befriedigend.

Ueber den Geschäftsgang in der Werkzeugmaschinenindustrie liegt aus Westdeutschland ein Bericht über das erste Vierteljahr 1909 vor. Danach war die Beschäftigung im allgemeinen unbefriedigend, teilweise sogar ausgesprochen schlecht. Gegen das letzte Vierteljahr 1908 hat eine bemerkenswerte Verbesserung nicht stattgefunden, vielmehr hat der Eingang neuer Aufträge nachgelassen. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1908 ist durchweg eine Verschlechterung zu verzeichnen. Ein Ueberangebot von Arbeitskräften wurde mehrfach beobachtet. Lohnherabsetzungen kamen nur vereinzelt vor, dagegen erwies sich vielfach eine Verkürzung der Arbeitszeit als unvermeidlich. Aus Berlin wird für denselben Zeitraum ebenfalls über einen schwachen Geschäftsgang berichtet, und zwar bei einem außergewöhnlichen Ueberangebot von überwiegend ungelerten Arbeitern und bei verkürzter Arbeitszeit.

Im Eisenkonstruktionsbau machen sich Anzeichen einer Besserung bemerkbar, was mit der erwartenden Bautätigkeit zusammenhängt. Die Fabriken für Debezeuge und Transportanlagen waren bei einer Verbesserung gegenüber dem Vormonate ausreichend beschäftigt. Landwirtschaftliche Maschinen fanden teilweise erhöhten Absatz. Ungleichmäßig hatte die Fabrikation von Bergwerksmaschinen zu tun. Der Geschäftsgang in der Verstellung von Maschinen für die Textilindustrie hielt sich in mäßigen Grenzen. Nur soweit Tüllmaschinen in Frage kommen, wurde er als sehr gut bezeichnet.

Elektrische Industrie.

In der elektrischen Industrie war im Monate März eine Besserung des Geschäftsganges nur ganz vereinzelt zu erkennen. In den Betrieben für Motoren, Dynamomaschinen und Elektromotoren war die Beschäftigung größtenteils geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahrs. In Berlin erwies sich eine Verkürzung der Arbeitszeit als notwendig. Ein Ueberangebot von Arbeitskräften wurde vor allem aus Westdeutschland berichtet. Ebenso kamen dort Lohnherabsetzungen vor. In den Kabelwerken und den Betrieben für Isoliermaterialien war der Geschäftsgang ungleichmäßig und bot im wesentlichen das gleiche Bild wie im Monate Februar. Dasselbe gilt für die Beleuchtungsindustrie, jedoch machte sich infolge der beginnenden Wiederaufnahme der Bautätigkeit gegen den Schluß des Monats eine Belebung bemerkbar. Eine Verschlechterung wird für die Telephon- und Telegraphenwerke Groß-Berlins gemeldet.

Nach wie vor befristet arbeitete nach einem bayerischen Berichte die Fabrikation elektrischer Apparate, während sich die Verstellung elektrischer und galvanischer Rohlen nach wie vor in mäßigen Grenzen hielt.

(Reichsarbeitsblatt.)

Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse im Regierungsbezirk Arnberg.

Regierungs- und Oberberater Oppermann in Arnberg, dem die Gewerbeinspektionen Arnberg, Herold, Siegen, Hagen i. W., Bochum, Dortmund, Linna, Schwelm, Gelsenkirchen, und Lüdenscheid unterstellt sind, hat kürzlich einen Bericht erstattet über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den genannten Bezirken, der wert ist, auch von uns etwas näher gewürdigt zu werden.

Eingangs erwähnt der Bericht, daß sich an dem guten Verhältnis zwischen den Gewerbeaufsichts-Beamten und den Arbeitgebern einerseits, und den Arbeitern andererseits nichts geändert habe. 1632 Personen, und zwar 1066 Arbeitgeber und 320 Arbeiter haben sich im Jahre 1908 in Arnberg mündlich ausgesprochen an die in Frage kommenden Beamten gewandt. Das ist unseres Erachtens, namentlich kommt die Arbeiter in Betracht kommen, eine verhältnismäßig geringe Zahl. Der Grund dafür dürfte in dem Mißtrauen zu suchen sein, welches weite Arbeiterkreise den Gewerbeinspektionen — ob mit Recht oder Un-

recht, wollen wir unerhört lassen = heute noch entgegenbringen.

Eine Vermittlung bei Streiks und Aussperrungen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten hat im Jahre 1908 nicht stattgefunden.

In 4136 Fabriken (gegen 3931 i. V.) und diesen gleich gestellten Anlagen wurden 20 395 (19 603 i. V.) jugendliche Arbeiter zwischen 14-16 Jahren beschäftigt. Nicht mehr schulpflichtige Kinder unter 14 Jahren waren im Jahre 1908 265 (gegen 115 i. V.) in diesen Betrieben tätig. Die Zunahme der Zahl der jugendlichen Arbeiter betrug im Jahre 1908 4 Proz. und ist um 1,7 Prozent höher wie im Vorjahr. Die Zunahme entfällt hauptsächlich auf den Bezirk Süddeutschland, während sich die Zahl der jugendlichen Arbeiter in den übrigen Bezirken nicht viel verändert hat. Während die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter eine Abnahme erfahren hat, ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter ganz erheblich gestiegen. Der Bericht sucht diese Tatsache damit zu erklären, daß die Arbeitgeber zu Zeiten einer schlechten Konjunktur ganz besonderen Wert auf die Heranziehung jugendlicher Arbeiter legen.

Die Bestrafungen gegen Zwitterhandlung gegen das Kinderbeschäftigungsgesetz sind nach dem Bericht nicht mehr so häufig, wie in früheren Jahren, was auf das weitere Bekanntwerden der gesetzlichen Bestimmungen und auf die wirksamere Durchführung derselben in Verbindung mit den Polizei- und Schulbehörden zurückzuführen ist. Ueber den Wert der Arbeitsbücher für jugendliche Arbeiter sagt der Bericht, gehen die Meinungen auseinander. Während die Arbeitgeber der größeren Betriebe im allgemeinen den Arbeitsbüchern keinen großen Wert zuerkennen, seien die kleineren Unternehmer von denselben vielfach sehr eingenommen, weil aus den Arbeitsbüchern ein gewisses Bild über den Werdegang des Arbeiters zu entnehmen sei, und andererseits durch das Zurückhaltungsrecht der Arbeitsbücher seitens der Arbeitgeber der Kontraktbruch den jugendlichen Arbeitern erspart würde.

Im Jahre 1908 wurden in 1937 Fabriken des Bezirks 13 755 Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigt (gegen 14 007 i. V.). Einschließlich der jugendlichen Arbeiterinnen waren insgesamt 18 217 vorhanden. Die Zahl der überhaupt beschäftigten weiblichen Arbeiterinnen verminderte sich gegen das Vorjahr um 3,35 Prozent. Das Verhältnis der Zahl der Arbeiterinnen zu der Gesamtzahl der überhaupt im Bezirke beschäftigten Arbeiter zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Gesamtzahl der Arbeiter.	Gesamtzahl der Arbeiterinnen.	Verhältnis der weiblichen zu den männlichen Arb. in %
1901	180 870	15 675	8,67
1905	192 464	17 172	8,92
1906	200 115	17 748	8,87
1907	210 323	18 849	8,96
1908	205 904	18 217	8,85

Daß die Frauenarbeit allmählich die Männerarbeit verdrängt, wie vielfach angenommen wird und wie es in manchen Gegenden auch der Fall ist, trifft also für den in Rede stehenden Bezirk nach vorliegender Tabelle nicht zu.

Die Zahl der Streiks belief sich vom 1. Oktober 07 bis zu dem gleichen Tage 08 auf 30 (gegen 69 i. V.). Aussperrungen sind 5 zu verzeichnen. Von den Streiks entfielen 6 auf Bergbaubetriebe. Von den Streiks nahmen nur 2 einen größeren Umfang an, und zwar der Streik bei der Firma Klippersbusch und Söhne Gelsenkirchen, der vom 28. Februar bis zum 6. April dauerte, und an dem 157 Arbeiter beteiligt waren, und der Streik bei der Westfälischen Holzschraubenfabrik von Gerdes u. Co. in Schwelm. Die Abnahme der Zahl der Streiks erklärt sich aus der ungünstigen wirtschaftlichen Lage der Industrie.

Zum Schluß gibt dann der Bericht einen Überblick über die Lage der Industrie im Bezirk. Die Wirtschaftslage, so heißt es dort, die zu Ende des Jahres 1907 einen bedenklichen Tiefstand erreicht hatte, hat auch im Berichtsjahr keine Wendung zum Besseren genommen, sie ist vielmehr zweifellos noch schlechter geworden. Die großen gemischten Werke der Gußeisen- und Stahlindustrie, welche über eigene Kohlen- und Erzgruben verfügen, haben unter der schlechten Konjunktur verhältnismäßig wenig zu leiden gehabt, bemerkt der Bericht weiter. Weniger günstig gestaltete sich die Lage der mittleren und kleineren Werke, die fast durchweg ihre Erzeugung einschränken, den Arbeiterstand verringern, Feierschichten einlegen oder die Arbeitszeit verkürzen mußten.

Es ist zweifellos richtig, daß unter den Folgen der Krise die mittleren und kleineren Werke des Sieger- und Sauerlandes am schwersten zu leiden haben, und daß die großen, gemischten Werke demgegenüber verhältnismäßig günstig dastehen. Wenn trotzdem in den letzteren Betrieben an manchen Stellen Lohnreduzierungen über Gebühr vorkommen, wie das tatsächlich der Fall ist, dann liegt es eben daran, daß die Metallarbeiter dieser großen Werke es bisher verjümt haben, sich in größerer Anzahl der Organisation anzuschließen und nun der Willkür des Unternehmers preisgegeben sind. Gerade aus der gegenwärtigen Krise können die Kollegen allerorts lernen, daß nicht nur eine Organisation notwendig ist, um Verbesserungen im Lohn und Arbeitsverhältnis herbei-

zuführen, sondern auch zum mindesten zur Zeit der schlechten Konjunktur gerade so notwendig ist, um Verschlechterungen abzuwehren. Möchten unsere inaktiven Kollegen diese Lehre beherzigen und danach handeln.

Aus der deutschen Handelsstatistik.

Die Aufzeichnungen des reichsstatistischen Amtes über die Ein- und Ausfuhr der verschiedenen Warengruppen und Gattungen widerspiegeln die Geschäftslage und den Gang der Geschäftstätigkeit. Die Abnahme des Warenverkehrs sagt, daß die Handelstätigkeit zurückgegangen und der Geschäftsgang ein flauer geworden sein muß. Die Statistik weist nun zwar die Tatsache aus, daß die Ausfuhr der Menge noch gestiegen ist. Im Jahre 1907 gelangten zur Ausfuhr 451,1 Millionen Doppelzentner; 1908 aber 457,4 Millionen Doppelzentner, das sind 6,3 Millionen Doppelzentner mehr. Der Wert der Ausfuhr ist in demselben Zeitraume jedoch um 613,4 Millionen Mark gefallen, nämlich von 7094,9 Millionen Mark im Jahre 1907 auf 6481,4 Millionen im Jahre 1908. Es mußten also für weniger Geld viel mehr Waren und Produkte in das Ausland geliefert werden.

Die Einfuhr ist sowohl was die Menge als den Wert anlangt, zurückgegangen, was auf eine Einschränkung der Produktion und der Konsumtion schließen ließ. 1907 betrug die eingeführten Warenmenge 663,9 Millionen Doppelzentner im Werte von 9003 Millionen Mark; 1908 dagegen gelaneten 58,7 Millionen Doppelzentner weniger, also 605,2 Millionen Doppelzentner zur Einfuhr, im Werte von 7664 Millionen Mark; somit sind 1908 für 926 Millionen Mark weniger Rohstoffe, Produkte u. c. ins Deutsche Reich eingeführt worden als im Jahre zuvor. Für fast ein Drittel dieser Summe, für rund 300 Millionen Mark sind Waren und Produkte weniger aus Großbritannien bezogen worden.

Greift man einige Warengattungen heraus, so ergibt sich folgendes: Wolle und Baumwolle wurden eingeführt 1907: 1421,9 Mill. Dopp.-Ztn. 1908: 1207,1

In derselben Zeit ist die Ausfuhr um 79,3 Millionen Doppelzentner zurückgegangen.

Uedle Metalle und Waren daraus, Eisen, Blei, Zink, Kupfer u. c. wurden eingeführt: 1907: 10826,5 Mill. Doppelzentner 1908: 8684,5

Die Ausfuhr ist in derselben Zeit von 36 700,2 Millionen Doppelz. im Jahre 1907 auf 39 589,6 Mill. Doppelzentner gestiegen.

Die Einfuhr dieser Warengruppen ist von Monat zu Monat zurückgegangen, ist aber jetzt wieder am Steigen.

Es wurde an Eisen, Kupfer u. c. eingeführt: im Oktober 1908 713,654 Doppelzentner im November 1908 696,030 " im Dezember 1908 673,936 " im Januar 1909 550,723 " im Februar 1909 464,634 " im März 1909 581,251 "

Auch die Ausfuhr an Eisenwaren, Metallen, die stark zurückgegangen war, steigt wieder.

Ausfuhr Januar 1909 2788 Mill. Doppelzentner " Februar 1909 5921 " " März 1909 9598 " "

Der März 1909 hat den März 1908 in dieser Beziehung um 534,6 Millionen Doppelzentner überholt. Die Ausfuhr an Maschinen, Fahrzeugen ist gegen denselben Monat des Vorjahres allerdings um die nicht geringe Summe von 135 Millionen Doppelzentner zurückgeblieben. In Mark ausgedrückt betrug die Ausfuhr Januar-März 1909 für Maschinen u. c. 10 Millionen Mark weniger für unedle Metalle u. c. 2,09 Millionen Mark weniger als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Handelsbilanz der Schweiz weist für das Jahr 1908 ebenfalls geringere Summen auf, als für das Jahr zuvor. Die Einfuhr an Waren hat um rund 100 Millionen Francs abgenommen, die Ausfuhr ist um 149,5 Millionen Francs zurückgegangen. Namentlich die Uhrenindustrie und der Uhrenhandel wurden dabei in Mitleidenschaft gezogen.

Der auswärtige Handel Rußlands ist in den letzten Jahren etwas zurückgegangen, in neuerer Zeit aber wieder belebter. Die Industrie hat sich von den Wirren und der Krise wieder etwas erholt; sie steigert ihre Tätigkeit und beginnt zugleich nach neuen Absatzmärkten für ihre Erzeugnisse zu suchen.

Aus dem Südoften der vereinigten Staaten von Nordamerika kommt die Meldung, daß seit Ende des Jahres 1908 die Krisis mehr und mehr schwindet und in fast allen Industriezweigen eine Rückkehr zu normalen Zuständen stattfindet. In größeren Städten macht sich überall eine erhöhte Bautätigkeit bemerkbar. Die Anlage neuer elektrischer Eisenbahnen und die Ausbeutung der vorhandenen Wasserkräfte in größerem Umfang als bisher werden geplant.

Japan, das seine Industrie und seinen Handel im letzten Jahrzehnt stark entwickelt hat, hat in dieser Beziehung einen Rückschlag erlitten. Die Ausfuhr ist von 432,4 Millionen Yen im Jahre 1907 auf 3782 Millionen Yen im Jahre 1908 zurückgegangen; die Einfuhr in derselben Zeit um 58 Millionen Yen

Ueber den Außenhandel Australiens liegen Berichte vor für die ersten 9 Monate des Jahres 1908. Auch diese zeigen einen Rückgang sowohl der Einfuhr als auch der Ausfuhr-Gütern. Die Statistik zeigt also, daß das Jahr 1908 ein Welt-Krisenjahr war. Es liegen aber auch erfreuliche Anzeichen dafür vor, daß die Krisis ihren Höhepunkt überschritten hat und daß der Geschäftsgang allenthalben sich zu bessern beginnt.

Eine Konferenz der Hüttenleute

Am Sonntag den 25. April in Lautenthal i. V. statt, die von 21 Delegierten und 9 Gästen besucht war. Durch Delegierte waren vertreten die Hütten zu Oker, Zulkshütte bei Arnsfeld, Sophienhütte bei Langelsheim, Lautenthaler Silberhütte, Glanbacher Silberhütte, die Hütte zu Altenau, und die Verbaucher Eisenhütte mit rund 1600 beschäftigten Hüttenleuten. Einberufen war die Konferenz von der Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiter-Berbandes, um ein gemeinsames Vorgehen bei den verschiedensten Fragen in die Wege zu leiten. Bezirksleiter, Kollege Buchner Goslar eröffnete die Tagung, indem er auf den Zweck der Veranstaltung hinvies. Er forderte die Delegierten auf, ruhig und sachlich ihre Ansichten und Wünsche zu vertreten, damit einwandfreies Material zur Beurteilung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den fiskalischen Betrieben gewonnen würde.

Zunächst wurden die Verhältnisse in den sogenannten Kesselhütten besprochen. Die Arbeitszeit beträgt in diesen Betrieben, wo das Blei entlibert wird, noch 12 Stunden täglich. Regelmäßige Pausen können nicht eingehalten werden, weil sonst infolge der niedrigen Akkordhöhe der Lohn zu gering ist. Wie sparsam der Staat wirtschaftet, geht daraus hervor, daß im Jahre 1907 auf der Lautenthaler Hütte pro Tonne 15/100 Pfg. Zulage gewährt wurde. Von Oker wurde berichtet, daß es vorgekommen sei, daß in drei Monaten von 13 Sonntagen die Arbeiter der Kesselhütte nur einen einzigen Sonntag frei gehabt haben. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

„Die Konferenz ist der Ansicht, daß auch in den Kesselhütten die spanische Schicht ein dringendes Erfordernis ist und die Arbeit im Schichtlohn ausgeführt werden muß, weil bei dem jetzigen Akkordsystem dem Arbeiter keine Kontrolle möglich ist. Den Arbeitern muß ein dem Dienstalter und den Verhältnissen entsprechender Schichtlohn gezahlt werden.“

Als zweiter Punkt wurde die Sonntagsarbeit und das Ueberstunden- und Nebenschichtenwesen behandelt. Es wurde angeführt, daß auf der Hütte zu Lautenthal im Monat Oktober 1908 ein Mann 31 Schichten gemacht hatte, außerdem aber noch 4000 Zentner Schliege vom Magazin nach der Schmelzhütte geschafft hat, so daß die tägliche Arbeitszeit 10-16 Stunden betragen und der Mann für diese außergewöhnliche Leistung nur 140 Mark verdient hatte, pro Tag also 4,51 Mk., für die überanstrengende Leistung ein lächerlich geringer Lohn. Stellenweise wird die Sonntagsarbeit überhaupt nicht besonders vergütet, sondern es wird alles mit in den Akkord verrechnet. Daher beschließt die Konferenz folgendes:

„Zur Erreichung eines einigermaßen auskömmlichen Lohnes müssen die Arbeiter vielfach Ueberstunden, Neben- und Sonntagschichten verfahren. Dadurch erst erzielen viele Hüttenleute ein versteuerbares Einkommen. Die Konferenz fordert daher, da durch die vielen Ueberstunden Neben- und Sonntagschichten Leben und Gesundheit der Hüttenleute gefährdet und Unfälle und Krankheiten durch Ueberanstrengung und Erschlaffung der körperlichen Kräfte vermehrt werden, daß eine Einschränkung und, wo es ohne Gefährdung des Betriebes möglich ist, eine Beseitigung dieser Arbeiten herbeigeführt wird. Der dadurch entstehende Lohnausfall muß durch Erhöhung des Schichtlohnes bzw. der Bedingehöhe ausgeglichen werden.“

Der nächste Verhandlungsgegenstand betraf die Fortzahlung des Tagelohnes bei Krankheit der Ofen- und nach Krankheiten, wenn der Arbeiter nach der Genesung zur Verrichtung seiner früheren Beschäftigung nicht mehr imstande ist. Wurde bisher ein Schmelzofen repariert, dann erhalten die Ofenleute einen bedeutend niedrigeren Tagelohn; die Differenz beträgt 80 Pfg. und 1 Mk. unter Umständen. Wird ein Ofenarbeiter nach jahrzehntelanger Arbeit krank und zur Ofenarbeit untauglich, dann wird er sehr oft mit jüngeren Leuten zusammen beschäftigt und erhält auch ein viel geringeres Krankengeld gezahlt, wozu die Konferenz folgendes Beschlüß faßt:

„Die Konferenz fordert, daß bei Einstellung der Ofen- und Ofenarbeitern der bisherige Schichtlohn ausbezahlt wird, ebenfalls auch den Arbeitern bzw. Ofenleuten, die infolge Krankheiten ihre bisherige Arbeit nicht mehr verrichten können und im Dienst des Staates milder leistungsfähig geworden sind.“

Beim 4. Punkt der Tagesordnung, betreffend die Urlaubsfrage, wurde über die Art und Weise der Urlaubsgewährung lebhaftes Plaque geführt und folgender Antrag dazu angenommen:

„Die bisherige Regelung der Urlaubsgewährung ist einseitig und ungenügend, da den Hüttenleuten keinerlei Einfluß hierbei zugebilligt ist. Vor allem fordert die Konferenz, daß auch den Vertrauensleuten

bezw. den Knappschäftsältesten eine Einwirkung bei dieser Frage gewährleistet wird, damit nicht begründeter Anschein der Einseitigkeit gemeldet werden kann."

Sodann wurde auf Anregung der Delegierten von Verbach beschlossen, an die maßgebenden Behörden die Bitte zu richten, den Bedarf an Gußwaren seitens der Eisalloyen Blei- und Silberhütten sowie der Gruben bei den Eisalloyen Eisenhütten zu decken, soweit diese dafür in Betracht kommen, insbesondere die Eisenhütte zu Verbach zu berücksichtigen. — Ueber die vor einigen Tagen erfolgte Bejahung der Unterhonorarwerke wurde berichtet, daß die Verren wohl eingehend die Büroräume, aber nicht so sehr die Arbeitsstellen bezw. Betriebe besichtigt und inspiziert hätten. — Gegenüber einer hier nicht wiederzugebenden Neußerung eines höheren Beamten, des Direktors der Müllener Silberhütte, soll Beschwerde geführt werden und nahm die Konferenz mit Enttäuschung von dieser Neußerung Kenntnis.

Die nächste Konferenz findet im Mai in Clausthal statt und sollen die Beratungen über die nicht zur Erledigung gekommenen Anträge dann fortgesetzt werden. Nachdem Kollege Buchner zur tatkräftigen Arbeit und zur Stärkung und Ausbreitung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes aufgefordert hatte, schloß der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Lautenthal die 1. Konferenz der Vorhüttenleute, die den Beweis erbracht hat, daß auch im Warz eine Reform der Arbeitsbedingungen unerlässlich ist. Jetzt muß eine durchgreifende Agitation entfaltet werden, damit die Organisation immer stärker wird und die berechtigten Forderungen der Vorkämpfer mit größter Nachdruck vertreten kann.

Die in Clausthal erscheinende „Neue Harz-Ztg.“ bringt über die Konferenz folgendes interessante Stimmungsbild:

Auf dem Wege nach Lautenthal lag am letzten Sonntag nachmittags der Frühlingssonnenschein und goldete die Weidenbüschchen, gesäumt mit unzähligen gelben Staubgefäßen und jeder Busch wusch leuchtenden Widerschein in das schäumende Wasser der Innerste.

Eine ganz andere Welt, glühendheiß und von giftigen Schwaden durchzogen, wurde zu gleicher Zeit in einer Versammlung ernster Männer im Schützenhause zu Lautenthal geschildert. Fast 1700 Hüttenarbeiter, am christlichen Metallarbeiterverbande organisiert, waren hier durch 21 ihrer Delegierten vertreten, und 9 Gäste, darunter Vertreter der Presse, hörten manchmal staunend und kopfschüttelnd seltsame, verwunderliche Dinge, die im Betrieb der Eisalloyen Blei- und Silberhütten am Ober- und Unterharz geschehen, oder besser gesagt, nicht geschehen sollten. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß Ueberschichten und Sonntagsarbeiten, soweit es der Betrieb eben zu läßt, unterjagt werden müßten. Ueberzeugend waren die Beweise, wie Liebedienerei und Bevorzugung damit gezüchtet werden, wie andererseits ein durch giftige Gase geschwächter Körper durch Ueberanstrengung Unfällen und Krankheiten doppelt ausgeführt ist. Der Hüttenarbeiter, dessen Lebensdauer so schon beschränkt ist, quält sich vor der Zeit ab und der Familie bleibt nach seinem Tode nur die Pension.

Die Gemeinde gibt trotz der gezahlten höheren Steuern, durch die Ueberschichten hervorgerufen, der hinterlassenen Familie nichts. Der Verdienst der Hüttenleute müßte so ausreichend sein, daß sie nicht der aufreibenden Ueber- und Sonntagsarbeit bedürfen und wie andere leichter Beschäftigte eine achtstündige Arbeitszeit erzielen. Von Ahsiedel aus wurde der dringliche Wunsch geäußert, daß bei Kalkstellung der Ofen, der Ofenarbeiter den gewöhnlichen Lohn behalten soll, auch wenn er notgedrungen andere Arbeiten im Werk übernehmen muß. Was ist sonst die Folge? Durch unverschuldeten Minderverdienst, oft täglich 1 Mark, kommt er in eine andere Krankenklasse und sein Krankenbezug bei eintretenden Krankheitsfällen wird auch hier geringer. Warum darf in Ahsiedel der Knappschäftsälteste bei der Urlaubsfrage nicht mitbestimmend sein? Warum liegt laut Neußerung des dortigen Bergrats die Urlaubsbewilligung nur in seinen Händen? Ein trauriger Fall wird erläutert, wo der Urlaub bitter nötig und bitter empfand man die Wahrheit dieser Worte. In solchen Fällen soll jetzt Material gesammelt werden, um für die Zukunft tatkräftige Beweise zu hinterlegen.

Bezirksleiter Buchner kam auf Mißstände, betreffs Betriebssicherheit in Lautenthal zu sprechen. Un glaublich vernahm man, daß nicht mal eine regelrechte Bahre vorhanden ist; die bei Unglücksfällen zur Verfügung steht. Offen (es fiel ein Wort vom Präsentierteller) wird der Verunglückte fortgetragen. Da jetzt eine Bahre angeschafft werden soll, ließ man das unerquidliche Thema fallen.

An die Februarverleste des Kaisers wurde erinnert, an des Kaisers Worte von der Gleichberechtigung der Arbeiterklassen mit den übrigen Ständen. Es sind hier nicht die Großen, die sich dagegen auflehnen. Nicht jeder Arbeiter hat sich von Verhörungen gelesen, warum wartet der Herr Bergat von Altenau dem Arbeiter mit Worten auf, die kraftvoll anklingen an einen Satz, der oft zitiert wird. Und dann noch ein Gruß im Diebst vor versammelter Front Majestät

nicht zuerst den Untergebenen? Ist nicht der Arbeiter bei der Arbeit nicht ebenfalls im Dienst? Dem natürlichen Beispiele, welches der oberste Kriegsherr gibt, darf man folgen in jedem Stande. Und der Arbeiter, der in seiner Beschäftigung lange auf den Größ des Vorgesetzten wartet (schließlich doch zuerst grüßt), dann zur Rebe gestellt wird, „weil er nicht zuerst grüßte“, soll dafür noch Geldstrafe zahlen: 2,50 Mark. Müchte man nicht zweifeln an der Wahrheit des Geschriebenen? Von Verbach aus wurde Klage geführt, daß die Arbeitslöhne zurückgegangen sind und daß trotzdem der Fiskus Arbeit Privatfirmen übergibt, für die sich die Verbacher Eisenhütte ganz besonders eignet.

Mehrere Resolutionen wurden gefaßt, die der Presse übergeben werden sollen. Heute mangelt der Raum, auf alles einzugehen. Bezirksleiter Buchner schloß die Versammlung, welche mit einem Satz auf die christliche Arbeiterbewegung endete.

Sachlich und ruhig waren die Verhandlungen, dem Ernst der vertretenen Sache angemessen, ernst trennten sich die Delegierten. Mit einem Teil der Pressevertreter führen wir der alten Kaiserplatz zu, von wo aus die meisten weiter ins Land eilen. Die Eindrücke der heutigen Versammlung waren tief und nachhaltig. Müchte doch mal jemand von der obersten Bergbehörde solcher sachlichen Verhandlung betwöhnen, es wäre ein tiefer Blick in das Innenleben, in die Sorgen ihrer mit der Hand schaffenden Nebenarbeiter im großen Vater Staat. Erb wie die Natur in ihren Bergen und Arbeitsstätten, gleich herb ist die Schaffen.

Auch wir mußten die alte Kaiserstadt verlassen und durchs Wald- und bergumschlossene Innere heimkehren. Noch einmal grüßten uns Götters bereits im jungfräulichen Blattschmuck stehende Laubbäume als wir unserer rauheren Gegend zustrebten. Wäre es denn so vermurderlich, wenn von der obersten Bergbehörde recht bald ein grüner Strauß der Hoffnung durch Zusicherung baldiger Erfüllung berechtigter Wünsche den Delegierten gegeben würde? Nicht nur den gewählten Vertretern, nein, tausenden von Arbeitern wäre manche schwere Sorge abgenommen oder erleichtert. Und daß diese Leute es verdienen, wird man glauben, wenn man hochwührend und vorurteilsfrei als Mensch zum Menschen mit ihnen spricht.

Clausthal. Fröh. Köpfer.

Gewerkschaftliches.

Schmutzkonkurrenz mit der Unterstützung bei Aussehtagen.

In einer Korrespondenz aus Düsseldorf in Nr. 17 der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung“ wird behauptet, in einem speziellen Fall hätten die Christlichen nicht nur die Aussehtage, sondern sogar noch die zusam-mengerechneten Stunden für Erwerbslosenunterstützung in Anrechnung gebracht. Die Schmutzkonkurrenz läge deshalb nicht auf sozialdemokratischer, sondern auf christlicher Seite. Die Korrespondenz schließt mit dem Satz: „Stillschweigend äußert sich der Deutsche Metallarbeiter einmal zu diesem Fall — oder nicht?“

Ja warum denn nicht! Wenn der Fall sich wirklich so verhält, wie in der „Met.-Ztg.“ dargelegt wird, so hat unsere Düsseldorf Ortsverwaltung dieses zunächst auf Kosten der dortigen Sozialkasse und entgegen den Anweisungen der Zentralleitung sowie den Satzungen unseres Verbandes getan. Die Zustimmung des Zentralvorstandes zu solchen Extratouren im Unterstützungsbezirk ist grundsätzlich ausgeschlossen, sie werden vielmehr ganz entschieden verurteilt. Aber die Erklärung für solche Einzelerscheinungen in unserm Verband liegt ganz einfach. Der Düsseldorf Korrespondent der „Met.-Ztg.“ gibt sie selbst mit folgenden zutreffenden Worten: „Was das böse Beispiel unseres (des soziald.) Verbandes hat auch in Düsseldorf die guten Sitten bei den Christen verborgen.“ So liegt es tatsächlich, daß sich unsere Kollegen an verschiedenen Orten durch die sozialdemokratische Schmutzkonkurrenz verleiten und drängen lassen, den falschen Weg zu betreten, wie wir das auch schon in früheren Artikeln wiederholt gesagt haben. Bei uns sind das aber nur Einzelfälle örtlichen Charakters und ohne Zustimmung der Zentralleitung, im sozialdemokratischen Verband aber ist es wohlbedachtes von oben sanktioniertes System.

In einer Gmünder Korrespondenz in Nr. 16 wie auch in einer redaktionellen Zwischenbemerkung in Nr. 17 der „Met.-Ztg.“ wird es so darzustellen versucht, als ob im christlichen Metallarbeiterverband die Unterstützung für Aussehtage auch statutarisch festgelegt sei. Wie kann man nur zu dieser Behauptung gelangen? Nicht der in der „Met.-Ztg.“ als Beweis angezogene Absatz 7 des § 7 unseres Statuts, sondern Absatz 5 befaßt darüber folgendes:

„Zeitweises Aussetzen mit der Arbeit wird nur dann als Erwerbslosigkeit gerechnet, wenn das Aussetzen länger als sechs Arbeitstage hintereinander dauert, das Mitglied muß sich aber gleich vom ersten Tage des Aussetzens an zur Kontrolle gemeldet haben. Für Einzel-Aussehtage oder Stunden darf keine Unterstützung gewährt werden.“

Ist das noch nicht deutlich genug? Die Mitarbeiter wie auch die Redaktion der „Met.-Ztg.“ sollten doch vorher ihre Nase in das Statut hineinstecken, ehe sie falsche Behauptungen öffentlich aufstellen, die jeden Augenblick schwarz auf weiß widerlegt werden können.

Es ist ja begreiflich, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband jetzt, da er sich mit der Unterstützung für Aussehtage festgefahren hat, nach Selbstgefälligkeiten sucht, um den eigenen Schmerz zu lindern. Der christliche Metallarbeiterverband lehnt jedoch dankend ab. Das Ergebnis

der vorliegenden Jahresabrechnung bemißt den gewöhnlichen Unterschied in der Finanzwirtschaft. Der christliche Verband hat eine Vermögenszunahme von 127 000 M. und pro Kopf des Mitglieds ein Verbermögen von 27,15 Mark, während im sozialdemokratischen Verband 660 000 Mark Unterbilanz und pro Kopf des Mitglieds nur ein Vermögen von 9,22 Mark vorhanden ist. Die bevorstehende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird grundsätzlich sanfter sein müssen, wenn der finanzielle Bankrott abgewendet werden soll. Und das hat mit ihren Folgen die Schmutzkonkurrenz getan, ob man es auf jener Seite nun offen eingestehen will oder nicht.

Gewerkschaftlicher Rechtsschutz.

Ueber diese Frage herrscht nach wie vor in Mitgliebertreuen viel Unklarheit. Es ist halb ungläubisch, was in dieser Beziehung nicht alles von der Gewerkschaftsorganisation erwartet und verlangt wird. Es sei deshalb nochmals darauf hingewiesen, was in unseren Satzungen diesbezüglich festgelegt ist, § 15 Absatz 1 des Statutes lautet:

„Rechtsschutz kann nur gewährt werden bei Streitigkeiten, welche im Lohn- und Arbeitsverhältnis ihren Grund haben und nicht durch Selbstverschulden hervorgerufen sind. Rechtsschutz wird nicht gewährt bei Privatprozessen, Privat-Belästigungsklagen, Schuldsforderungen u. u. und solchen Klagen, welche von vornherein als aussichtslos erscheinen.“

Der Rechtsschutz in unserm Verbande erstreckt sich mithin nur auf Streitfragen, die mit dem Lohn- und Arbeitsverhältnis in Zusammenhang stehen. Alles andere scheidet aus. Dazu gehören auch selbstverschuldet Steuerfragen. Von verschiedenen Stellen wird sehr z. B. gemeldet, daß die Beamten von Gesuchen betr. Steuerreklamationen gradezu überflutet werden. Verwaltung und Agitation muß darunter natürlich sehr leiden, wenn die ganze Zeit oder der größte Teil derselben von solchen Sachen in Anspruch genommen wird. Die Mitglieder müssen deshalb im Interesse des Verbandes dringend gebeten werden, an die Verbandsfunktionäre solche Anordnungen nicht zu stellen. Geschlecht es dennoch, so haben die Beamten unberechtigte Ansprüche abzulehnen und die Mitglieder an die für solche Sachen eigens eingerichteten Arbeitersekretariate oder Volksbüros zu verweisen. Nur da, wo solche nicht vorhanden sind, können unter Umständen Ausnahmen gestattet werden. In den Mitgliederkreisen muß sich die richtige Auffassung noch mehr bahnbrechen, daß die Organisationsbeamten für die gewerkschaftliche Arbeit angestellt sind und nicht „Mädchen für alles“ sein können, wenn sie den gestellten Anforderungen gerecht werden sollen.

Ohne Umschweife

In einem Buch über „Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland“ sagt der Verfasser Dr. A. Erdmann bezüglich des Charakters der sogenannten „freien“ Gewerkschaften folgendes:

„Frei sind sie (die freien Gewerkschaften) höchstens in dem Sinne, daß sie bei der Aufnahme niemand nach Partei und Glauben fragen, im übrigen aber beweist die Geschichte, beweist die Personalgemeinschaft der führenden Stellen, beweist die gegenseitige Hilfsbereitschaft bei allen Fragen von Bedeutung, beweist unzählige Ansprüche namhafter Führer auf beiden Seiten, daß „Partei und Gewerkschaft eins“ sind. Die Selbstverwaltung und Selbstbestimmung wird sich keines nehmen lassen, aber sie unterordnen sich der gemeinsamen Sache der Klassenbewegung, sozialistischen Arbeiterbewegung. Deshalb rede ich nicht von „freien“, sondern von sozialistischen Gewerkschaften, weil ich ihr Wesen, ihr Verdienst und ihre Macht darin sehe, daß sie Hand in Hand mit der Partei wirken an der Befreiung der Arbeiterklasse im Sinne des Sozialismus.“

Erdmann nennt das Kind beim rechten Namen, während die Dudenwörter der sozialdemokratischen Agitatoren mit dem inhaltlosen Schlagwort „frei“ hantieren gehen.

Der Gewerbeverein christl. Heimarbeiterrinnen Deutschlands

hielt in der Woche nach Ostern in Berlin seinen dritten Verbandstag ab. Als Vertreterin der Kaiserin war die Palastdame Fr. v. Gersdorf anwesend. Das Reichsamt des Innern war durch einen Geheimrat vertreten. Auch Frau v. Berlepsch begrüßte die Delegiertenversammlung. Wie die Vorsitzende des Gewerbevereins, Fr. Behm, in der Begrüßungsansprache bemerkte, ist die Bewegung der Heimarbeiterrinnen in einem langsamen, aber stetem Wachstum begriffen. Während auf dem Verbandstag vor drei Jahren nur 7 Gruppen mit 1200 Mitgliedern vertreten gewesen seien, seien heute 70 Gruppen mit 6509 Mitgliedern vertreten.

Zwei außerordentlich wichtige Referate standen auf der Tagesordnung des Verbandstages, wozu auch zwei sachverständige Referenten gewonnen werden konnten. Oberregierungsrat Dr. Wittmann-Karlsruhe (Vorsitzer der badischen Fabrikinspektion) sprach über „Heimarbeitsergesetzgebung“ und Professor Dr. Franke von der „Sozialen Praxis“ über „Heimarbeit und Submissio“. Nachstehende Beschlüsse wurden gefaßt:

Betr. Heimarbeitsgesetzgebung: „Der dritte Verbandstag des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten über Heimarbeit und Gesetzgebung“ völlig einverstanden. Insbesondere steht auch er in der Lohnfrage die Kernfrage der Heimarbeiterinnen-Form. Er erhofft daher, daß auch die deutsche Gesetzgebung die Regelung der Lohnfrage durch Errichtung von Wohnämtern zur Festlegung der gesetzlichen Minimallohne nicht nur um der heimarbeiternden Bevölkerung, sondern um der Volksgesundheit willen energisch fördern werde.“

Betr. „Heimarbeit und Submission“: „Der dritte Verbandstag des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands stellt sich ganz auf den Boden der Leitsätze, die Prof. Dr. Franke seinen Ausführungen über Heimarbeit und Submission zugrunde legte. Er erhofft von ihrer Erfüllung nicht nur eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Handarbeitende, die beherrschende Aufträge ausführen, sondern auch eine Beeinflussung derselben in der Privatindustrie und somit eine wesentliche Besserung der Lage der gesamten deutschen Hausindustrie überhaupt.“

In der Diskussion kamen, wie wir der Tagespresse entnehmen, vor allem scharfe Meinungsverschiedenheiten zwischen den sogenannten Zwischenmeisterinnen und den eigentlichen Heimarbeiterinnen zum Ausdruck. Ferner wurde gewünscht, daß die Ausdehnung der Invaliden- und Krankenversicherung im vollen Umfang auf alle Hausgewerbetreibende erfolge und daß für diese Wohnämter geführt werden müßten. Aus diesen sollte hervorgehen, welche Löhne an die Zwischenmeisterinnen gezahlt würden, weil gerade durch das Zwischenmeisterstystem die Arbeiterinnen wirtschaftlich schwer benachteiligt werden. Weiter müßte man der Annahme heimlicher Heimarbeiterinnen entgegenstehen, die sich oft aus den höchsten Kreisen rekrutieren und diesem Zwecke Listen mit den Namen der betreffenden Arbeiterinnen in allen Geschäften aushängen. Außerdem wurde gewünscht, daß nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Arbeitnehmern die Verpflichtung auferlegt würde, der Gewerbeinspektion schriftlich Namen und Adresse anzugeben. Die Kontrolle der Lohnbücher und die Disziplinierung müßten zu den Funktionen der Gewerbeinspektionen gehören. Auch würde dieser die Aufsicht über die gewerbliche Kinderarbeit zu übertragen sein, deren Regelung energisch verlangt wurde. Eine Vermehrung der weiblichen Beamten in der Gewerbeinspektion sei nötig, die die Verhältnisse der Arbeiterinnen verständnisvoller zu beurteilen wissen werden, als der Mann, wenn dieser auch noch so wohlwollend sei. Die weiblichen Fabrikinspektoren könnten ihr Augenmerk auf die Ausbeutung der Heimarbeiterinnen in moralischer Beziehung richten, die durch Hungerlöhne und die andern elenden Verhältnisse leicht der Sünde und dem Verbrechen in die Arme getrieben werden.

Die weitere Diskussion erstreckte sich über den Punkt der Tagesordnung, der eine allgemeine Wohnungsinspektion durch eigens dazu angestellte Wohnungsinspektoren fordert. Es wurde in der Diskussion auf die ungesunden Wohnungsverhältnisse aufmerksam gemacht, auf die schädliche Staubentwicklung in manchen gewerblichen Betrieben, wie in der Tabakindustrie und der Kürschnerei, die in diesen Betrieben geradezu gesundheitsschädlichen Verhältnisse machen eine sanitäre Kontrolle der Heimarbeiterwohnungen und industriellen Arbeitsstätten zur unbedingten Notwendigkeit.

Am übrigen regelte der Verbandstag das Vertrags- und Unterstützungsweesen des Gewerksvereins neu. Krankengeldzuschuß und Sterbegeld sind erhöht worden, eine Unterstützung bei Wohnbewegungen vorgesehen. Statt Monatsbeiträge werden gestaffelte Wochenbeiträge eingeführt.

Der Verbandstag wird den Delegierten zweiwöchentlich viel Anregungen gegeben haben, die sich auch in den einzelnen Ortsgruppen verwerten lassen. So wird er zu einer weiteren Stärkung des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen beitragen. Das ist und bleibt auch die wichtigste Aufgabe trotz des voranschreitenden gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit.

„Zimmer „neutral““

Der Düsseldorf-Ortsverein des sogenannten „freien“ Buchdruckerverbandes hat laut „Korr.“ (Nr. 46, 09) in seiner letzten Monatsversammlung beschloßen, dem Kartell der sozialistischen Gewerkschaften in Düsseldorf ein Darlehen von 300 Mk., des ferneren einen regelmäßigen wöchentlichen Zuschuß von 25 Mk. für das von den sozialistischen Verbänden errichtete sozialistische Versammlungshaus (Vollshaus) zu gewähren. 52 wöchentliche Zuschüsse macht pro Jahr 1300 Mk. Das ist kein Pappenstiel! Allerdings, was soll der Düsseldorf-Ortsverein des Buchdruckerverbandes auch anders mit seinem Gelde anfangen? Und das Vergnügen, mit den übrigen sozialistischen Verbänden zur „modernen Arbeiterbewegung“ gehören zu dürfen, muß doch auch bezahlt werden. Die angeblich zahlreichen christlich gesinnten Buchdruckerverbände aber zahlen fleißig mit für eine politische Partei, die ihrer christlichen Betschwärzung den Samen bis aufs Messer angehaat hat und

sagen es jedem, der es hören will, daß ihre Organisation „wirklich neutral“ sei. Die Logik und Moralität dieser Leute ist bedauernswert.

Sozialdemokratische Nabaubröder

zeigten sich in einer am Sonntag, den 18. April in Schöneberg (Lüneburger Heide) vom roten Schuhmacherverbande abgehaltenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung wieder mal in ihrer ganzen Glorie. Wie angefangen, wollte der Gauleiter Genosse F. Nummerow-Hamburg über die Entstehung resp. Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung reden. Leider verzog der Vortragende das eigentliche Thema zu behandeln, vielmehr zog er es vor, unverständliche Bruchstücke aus den Gebieten der Volk-, Steuer- und Staatspolitik nach Genossenart zu illustrieren.

Ein Teil der Rede wurde, wie vorauszu sehen war, der christlichen Gewerkschaftsbewegung gewidmet, wobei der Redner aber an Unkenntnis geschäftlicher Tatsachen nichts zu wünschen übrig ließ. Es berührte eigentümlich, daß der Vortragende selbst im höchsten Tone die anwesenden Vertreter der christl. Gewerkschaften aufforderte, ihre Gegenmeinung darzulegen. Aber, o Graus! Schon bei der Abgabe der Wortmeldung seitens des Arbeitersekretärs Worms-Bremen und des Gewerkschaftssekretärs Hartmann-Hamburg, erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm der Genossen. Worms versuchte in objektiver, ruhiger Weise die irrigen Ausführungen des Referenten zu widerlegen, wurde aber in der pöbelhaftesten Weise durch Schreien, Lärmen, Pfisteln und Johlen wiederholt unterbrochen. Es schien, als ob der Versammlungsleiter, sowie der Beamte Genosse Nummerow diese Nabaubröder für selbstverständlich hielten, fanden sie doch erst nach einträglichem Mahnung des Gewerkschaftssekretärs Hartmann einige kurze inhaltslose Worte zu einer sogenannten Beschwichtigung, welche leider bei der Masse keine Wirkung fand, was nicht gerade von Autorität des Herrn Nummerow zeugt. Durch das sich immer mehr steigende tumultuarische Verhalten der Genossen hielt es Herr Worms für angebracht, auf weitere Ausführungen zu verzichten.

Gewerkschaftssekretär Hartmann hat nochmals bringend, daß die Versammlungsleitung für Ruhe und Ordnung Sorge tragen möge und machte besonders den Beamten Nummerow auf die Verantwortlichkeit aufmerksam, die er als Führer der Organisation über die Versammlung trage. Hartmann, der nun versuchte, die Unbeherrschtheit des Vertrages richtig zu stellen, wurde ebenfalls wie sein Vordränger in nicht wiederzubegebender Weise beschimpft und bedroht. Mit erhobenen Fäusten drang man auf ihn ein und versuchte durch Schreien und Drohungen eine Schikaree zu inszenieren. Worte, wie: Schlag den Hund in die Presse, schmeißt ihn raus, den Lump, sowie das tätliche Vordringen ließ das schlimmste befürchten. Nur die Ruhe und Besonnenheit Hartmann's und dadurch, daß Worms sich der tobenden Masse entgegenwarf, um Hartmann zu beden, wurde eine regelrechte Schikaree verhindert.

Hier zeigte sich so ganz die Schwäche des Beamten Nummerow, der in einer so ernsten Situation nicht mehr die Macht besaß, seine von ihm fanatisierten Genossen im Banne zu halten. Traurig ist es für die deutsche Arbeiterbewegung, daß durch solche Vorkommnisse das Ansehen des Arbeiterstandes vor der breiten Öffentlichkeit tief herabgewürdigt wird. Soll dem Arbeiterstand in Zukunft ein Platz an der Sonne eingeräumt werden, dann ist es Vorbedingung, dafür Sorge zu tragen, daß der Arbeiter als solcher sich auf einem möglichst hohen Kulturniveau bewegt. Dieses wird aber nur durch die intensive Aufklärungsarbeit der christl. Gewerkschaftsbewegung, welche frei von jeden fanatischen Parteigang und Massentampftheorien ist, erreicht werden.

Aus der Metallindustrie.

Die Montanindustrie Elsaß-Lothringens im Jahre 1908.

Nach den statistischen Erhebungen der Bergbehörden standen im Kalenderjahr 1908 in Elsaß-Lothringen im Betriebe: 54 Eisenerzbergwerke, Eisenerztagelbau und sonstige Erzbergwerke, 3 Steinkohlenbergwerke, 6 Bitumenbergwerke, 17 Steinsalz- und Siquellenbergwerke zur Verjorgung von 8 Salinen und 3 Sodafabriken, 1 Steinsalz- und Kalibergwerk, 11 Hochöfenwerke mit 56 Hochöfen, von denen 49 im Betriebe standen, 46 Eisengießereien, 6 Schweißeisenerwerke, 8 Flußeisenerwerke.

Die Erzeugung dieser Werke betrug in Tonnen: an Eisenerzen 13 281 589, an sonstigen Erzen 223, an Steinkohlen 2 367 742, an Erdöl 28 730, an Asphalt 3817, an Siedsalz 66 133, an Roheisen 2 182 249, an Schweißeisen 31 315, an Flußeisen 1 035 337, an Eisengußwaren 74 832. Von den 2 182 249 Tonnen Roheisen waren in Tonnen: 403 114 Gießereiroheisen, 2789 Gußwaren I. Schmelzung, 1 727 078 Thomasroheisen und 49 268 Puddelroheisen. Die 31 unterirdischen Kalksteinbrüche, Dolomit- und Gipsgruben, die der Aufsicht der Bergbehörde unterstanden, förderten 89 532 Tonnen Kalksteine, 5918 Tonnen Dolomit und 52 080 Tonnen Gips. Gegenüber dem Vorjahre hat die Förderung an Eisenerzen um 825 928, an sonstigen Erzen um 1296, an Asphalt um 2501, an Siedsalz um 1870, an Kalksteinen um 14 591, an Gips um 8813 Tonnen abgenommen, und zwar sind 329 339 Tonnen Roheisen, 7210 Tonnen Schweißeisen, 127 799 Tonnen Flußeisen und 12 984 Tonnen Eisengußwaren weniger dargestellt worden. Eine Mehrförderung haben nur die Steinkohlen- und Bitumenbergwerke sowie die Dolomitgruben aufzuweisen: dieselbe betrug an Steinkohlen 173 463, an Erdöl 2736 und an Dolomit 5918 Tonnen.

Auf den Eisenerzgruben gelangten im Jahre 1908 13 250 689 Tonnen Eisenerz zum Abfab, gegenüber 14 102 299 Tonnen im Vorjahre. Abgesetzt wurden

an die Hüttenwerke in Elsaß-Lothringen 6 759 860 Tonnen = 51,29 Proz., im Saargebiet 2 488 834 Tonnen = 18,78 Proz., im übrigen Rheinlande und Westfalen 2 092 483 Tonnen = 15,79 Proz., in Luxemburg 1 157 657 Tonnen = 8,73 Proz., in Frankreich 515 019 Tonnen = 3,89 Proz., in Belgien 201 217 Tonnen = 1,52 Proz.

Von den im Jahre 1908 geförderteten 2 367 742 Tonnen Steinkohlen wurden 206 55 auf den Werken selbst für Heizung der Dampfessel, der Geschäftsräume usw. verbraucht, sodasß 2 162 188 Tonnen Steinkohlen über 7,63 Proz. mehr als im Vorjahre zum Versandt gebracht wurden. Davon sind abgesetzt worden: in Elsaß-Lothringen 1 217 871 Tonnen = 56,3 Prozent, in Süddeutschland und in der Rheinprovinz 559 982 Tonnen = 25,9 Proz., in Frankreich 277 195 Tonnen = 8,2 Prozent, in Italien 10 635 Tonnen = 0,5 Proz., in der Schweiz 178 457 Tonnen = 8,2 Prozent, in Luxemburg 13 001 Tonnen = 0,6 Prozent, in Oesterreich 5047 Tonnen = 0,2 Proz.

In den bergbaulichen Betrieben von Elsaß-Lothringen wurden im Jahre 1908 durchschnittlich 28 990 Arbeiter und 898 Aufsichtsbeamte beschäftigt, gegenüber 25 585 Arbeitern und 845 Aufsicht im Vorjahre.

Wesentliche Betriebsver...

wird die „Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft“ in den nächsten Jahren durchführen. In einer am 17. April stattgefundenen Generalversammlung sind die disabie, staltlichen Anträge der Verwaltung angenommen worden. Nach dem Bericht von „Stahl und Eisen“ Nr. 16 bezwecken diese Anträge in erster Linie den Ausbau der Dütenbetriebe und bilden damit eine notwendige Folge des im Jahre 1904 gefaßten grundlegenden Entschlusses der Gesellschaft, sich aus einem reinen Bergwerksunternehmen zu einem sogenannten gemischten Werke der Kohlen- und Eisenindustrie umzuwandeln. Auch nach der Vereinigung der Gesellschaft mit dem hiesigen Nachener Dütenverein und dem Schaller Gruben- und Dütenverein verblieb der überwiegende Schwerpunkt des Unternehmens im Bergwerksbetriebe, denn gegenüber den Erzeugungsziffern von rund 8 500 000 Tonnen Kohle und 2 200 000 Tonnen Roß jährlich vertagen die Verbrauchsziffern der Eisenwerke nur einen nicht sehr großen Teil der Kohlen- und nur etwa die Hälfte der Roßherzeugung. Der Gesichtspunkt des weiteren Verbrauches der Kohlenförderung in eigenen Werken war daher nicht außer acht zu lassen. Ferner aber bewirkt die direkte Konvertierung des flüssigen Roheisens aus den Hochöfen und die Verbildigung der Kräfteherzeugung durch die Ausnutzung der Hochofengase eine so erhebliche Ermäßigung der Selbstkosten des Roßstahles, daß auf die Dauer auch das beste eingerichtete Werk mit getrennten Betrieben einem solchen mit vereinten Betrieben nicht mehr die Spitze bieten kann.

Angesichts ihrer reichen Gruben- und Erzfelderbesitzes im Minettebezirk ist die Verwaltung nach eingehender Durchrechnung aller sich überhaupt bietenden Möglichkeiten, namentlich was die Frachten für Erz und Roß sowie für die Walzzeugnisse anlangt, zu der Ueberzeugung gelangt, daß es für sie am vorteilhaftesten ist, die neuen Hochöfen nebst Stahl- und Walzwerk im Minettebezirk selbst im unmittelbaren Anschluß an eine ihrer dortigen Hochofenanlagen zu errichten. Ob bei der engeren Wahl die lothringische Anlage in Deutsch-Loth oder die luxemburgische in Etich in Betracht kommt, wird von der Entscheidung örtlicher Steuer- und Grunderwerbfragen abhängen. Der Arbeitsplan ist so in Aussicht genommen, daß die groben Walzwaren bei den Hochöfen erzeugt, in Rothe Erde aber nach und nach hauptsächlich die Weiterverarbeitung auf Fertigwaren vorzunehmen werden soll, wie dies für Drahtzeugnisse bereits in Schwelger geschieht. Unabhängig davon ist eine Erweiterung der Gießereianlagen auf dem Gelsenkirchener Hochofenwerke sowie eine Vajenanlage am Rhein-Herne-Kanal innerhalb des Stadtbezirktes Gelsenkirchen in Aussicht genommen.

Die Gesamtsumme der erforderlichen Mittel wird sich auf etwa 60 000 000 Mark belaufen. Von dieser Gesamtsumme entfallen auf die neue Dütenanlage im Minettebezirk etwa 44 000 000 Mark, auf die Erweiterungen der Gelsenkirchener Gießereianlage etwa 2 000 000 Mark und auf die Ausgestaltung einiger Kottereien sowie auf den Bau von Wohnungen etwa 10 Millionen Mark. Zeitlich verteilen wird sich dieser Bedarf auf das Jahr 1909 mit etwa 14 000 000 Mk., auf das Jahr 1910 mit etwa 22 000 000 Mark, auf das Jahr 1911 mit etwa 17 500 000 Mark, auf das Jahr 1912 mit etwa 5 000 000 Mark, auf das Jahr 1913 mit etwa 1 000 000 Mark und auf das Jahr 1914 mit etwa 500 000 Mark.

Opfer der Arbeit.

Bochum. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Werke „Stahlindustrie“. Beim Kanen eines Eisenblocks riß eine Kette durch und ein Hebel traf einen Arbeiter so unglücklich an den Kopf, daß er ein paar Tage nachher im Krankenhause starb. Ein anderer Kollege erlitt bei demselben Falle einen doppelten Armbruch und eine Rippenquetschung.

Streik- und Lohnbewegungen.

Ausperrung auf dem Grüntaler Eisenwerk bei Hagen.

Seitens des Grüntaler Eisenwerks sind am 27. April annähernd 200 Arbeiter entlassen bzw. ausgesperrt worden. Veranlaßt wurde die Aussperrung durch den Streik der Hammerwerke gen. Firma. Letzteren war schon zu Ende vorigen Jahres eine Lohnreduzierung in Aussicht gestellt, die aber nicht durchgeführt wurde. Vor einigen Wochen erfolgte jedoch ein Anschlag, der den Hammerwerkern einen Abzug von 5 Prozent ankündigte. Da die Betriebsleitung diesesmal von einer Zurücknahme nichts wissen wollte, legten die beteiligten 29 Hammerwerke die Arbeit nieder, der jetzt die Aussperrung sämtlich beschäftigter Arbeiter folgte.

Von den Aussperrten ist nur ein geringer Teil organisiert. Über hiernach fragt der Unternehmer auch nicht. Hat man doch selbst Arbeiter auf Pflaster geworfen, die über 40 Jahre dort beschäftigt, im Dienste der Firma ergraut sind. Obendrein ist den Arbeitern auch jede Möglichkeit, sich anderwärts Arbeit zu suchen dadurch genommen, indem der Arbeitgeberverband eine „Schwarze Liste“ mit den Namen sämtlicher Arbeiter an seine Mitglieder versandt hat.

Das betreffende Rundschreiben der Unternehmer zu den schwarzen Listen hat folgenden Wortlaut:

Arbeitgeberverein für den Kreis Hagen-Schwelm.

Die Firma Hagen-Grüntaler Eisenwerk hat heute nachstehenden Arbeitern mit 14tägiger Frist gekündigt, weil die mit unserem Rundschreiben vom 2. April bekanntgegebenen Hammerwerke die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, sodaß das Werk nach Ablauf der Kündigungsfrist stillgelegt werden wird. Wir ersuchen unsere Mitglieder, keine Arbeiter der Firma Hagen-Grüntaler Eisenwerk zur Einstellung zu bringen.

Hochachtungsvoll

Die Geschäftsstelle: E. Jacobs.

Dann folgen die mit dem Geburtsdatum versehenen Namen von 198 Arbeitern. Die entlassenen bzw. streikenden Hammerwerke, 26 an der Zahl, stehen auf einer besonderen Liste.

Vier zeigt sich der trasse Unternehmerstandpunkt wieder in der schlimmsten Weise. Offenlich lernen aber alle Arbeiter, besonders die Unorganisierten hieraus. Mehr denn je heißt es für die Arbeiter der Metallindustrie zu rüsten für die Zukunft. Durch den Beitritt zum christlichen Metallarbeiterverband wird es möglich sein, den Machtgünstigen der Unternehmer einen festen Damm entgegenzusetzen.

(Wie aus den letzten Nachrichten der Tagespresse zu ersehen ist, hat die Aussperrung schon weitere Kreise gezogen. Etwa 500 Arbeiter sollen am 4. d. Mts. schon ausgesperrt sein. Weitere Aussperrungen würden in den nächsten Tagen erfolgen. Red.)

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Machen. In der Glengießerei Josefschütte bestehen seit längerer Zeit Differenzen.

Berlin. Die Waulkempner stehen in einer Lohnbewegung.

De'menhorst. In der Linolenumfabrik „Schlüsselmarkte“ stehen die Arbeiter im Streik. Von unserm Verband sind 4 Metallarbeiter beteiligt.

Hagen i. W. Der ganze hiesige Industriebezirk ist für Hammerwerke gesperrt.

München. Die Firma Bamberger, Kleinmaschinenfabrik hat sämtliche Arbeiter ausgesperrt.

Nadebornwald. Auf dem hiesigen Elektromotorenwerk Tit an sind die Arbeiter ausgesperrt.

Scherfede. Bei der Firma Aug. Bode, Schloßfabrik, stehen die Arbeiter wegen Akkordreduzierung in Kündigung.

Hannover-Linden. Hier stehen die Klempner und Installateure im Streik.

Zugang ist fernzuhalten.

Dortmund-Lünen. Die Differenzen bei der Firma Schulz u. Co. sind beigelegt. Näherer Bericht folgt.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. Mai 1909 der neunzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 16. Mai fällig.

Die Delegiertensteuer wird, wie auch aus der Jahresabrechnung ersichtlich, in einigen Zahlstellen gar nicht erhoben, in anderen Zahlstellen ist die Zahl der verrechneten Delegiertenmarken im Verhältnis

zur Mitgliederzahl eine viel zu geringere. Wir machen deshalb erneut auf den § 6 Absatz 2 des Statuts aufmerksam, wonach jedes Mitglied verpflichtet ist pro Vierteljahr 10 Mq. Delegiertensteuer zu entrichten, wovon die Kosten der Generalversammlung bestritten werden.

Die Zahlstellenvorstände haben darauf zu achten, daß jedes Mitglied die Delegiertensteuer bezahlt und bementprechend auch die Vertrauensmänner beim Einkassieren der Beiträge anzuweisen.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird auf Antrag der Ortsgruppe Wirselen das Mitglied Wilhelm Reuters, Buchnummer 25345 wegen Schädigung des Verbandes.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bromberg. (So kommt es mit vor dem Fall.) Die Organe der Christlich-Deutschen Gewerkschaften, die stets eine sehr anmaßende großmannsüchtige Sprache geführt haben, trotzdem sie praktisch kaum einige Bedeutung in der deutschen Arbeiterbewegung hatten, sehen langsam ihren Untergang selber ein. Ihre Ausgebildetheit rächt sich. Man erinnere sich der hühnerischen berüchtigten Sprache, die besonders das Düsseldorf'sche Blattchen des bekannten Herrn Erkelens, anlässlich der Veröffentlichungen vor und nach dem Frankfurter christlich-nationalen Arbeiter-Kongress führte.

Auch glaubten die S.-D. Organe sich an den konfessionellen Arbeitervereinen und deren Zeitungen ungestraft reiben zu dürfen. Alles, was nicht in das Horn der S.-D. blies, wurde herunter gerissen. Der „Gewerkschaftsbote“ beschimpfte die konfessionellen Arbeitervereine als „Kinderbewahranstalten“, die konfessionellen Arbeiterzeitungen als die Arbeiterinteressen zertretende „Kaffeeblätter“.

Da man hatte sich so sehr ins Schlepptau der politischen Sozialdemokratie begeben, daß man die Mitglieder gelegentlich einer Düsseldorf'scher Stadtverordnetenwahl unter Ausnutzung der Wahl zum Gewerkschaftsmitglied zwingen wollte, einem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. Gelegenlich der Reichstagswahl 1903 hatte man im Ortsverein Wirtzig eine S.-D. Wählervereinbarung arrangiert, in die ein sozialdemokratischer Parteimitglied die Mitglieder für die Wahl eines Sozialdemokraten tratirte.

Daß die konfessionellen Arbeitervereine sich eine derartige Verengung ihrer Mitglieder seitens der S.-D. Gewerkschaften nicht bieten lassen konnten, leuchtet ein. Die Beschlüsse, durch welche die konfessionellen Vereine ihrer Mitgliedern den Beitritt zu den Christlich-Deutschen Gewerkschaften verboten, war die notwendige Folge der S.-D. Praktiken.

Um den dadurch gezeitigten Mitgliederübergang anzuhalten, brachen die S.-D. jetzt mit ihrer ganzen Vergangenheit. In ihnen bewahrheitet sich jetzt das Sprichwort: „Dort lehrst du beten“. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, daß gerade der bekannte Herr Erkelens es ist, der sich schon 1904 in Duisburg in öffentlicher Versammlung als Atheist bekannte, der in Konsequenz dieses Standpunktes in seinem Organ „Der Gewerkschaftsbote“ Christus, die christliche Religion sowie die Geistlichkeit verunglimpft, sich jetzt gewissermaßen als den Vorbeter der S.-D. Gewerkschaften aufwirft. Hier in Bromberg gab dieser Herr kürzlich eine Probe seiner wie der ganzen S.-D. Wandlungsfähigkeit.

Gemäß Agitations-Flugblatt sprach in einer vom vorigen S.-D. Ortsverband einberufenen öffentlichen Versammlung vom 17. 3. 09 Herr „Reichs“-Arbeitersekretär Erkelens über „Weltanschauungen in der modernen Arbeiterbewegung“.

Wenn genannter Herr sich gerade Bromberg ausgesucht, um die große Schwendung einzuleiten, dann wohl in der Erwartung, daß dort die Basis der christlich-organisierten Klein- und der wahre Charakter der Christlich-Deutschen unbekannt sei. Inbes, unsere Kollegen hatten Sorge getroffen, daß auch dort das wahre Wesen dieser Richtung aufgedeckt wurde. Die Versammlung, die mit einem Hoch auf unseren Kaiser eröffnet wurde, verlief sehr erregt. Wie Herr Erkelens in seinem Schlusswort die christlichen Gewerkschaften verächtigte und wie er die Wahrheit mißhandelte, ist geradezu ungläublich. Er behauptete fest und fest, die christlichen Gewerkschaften hätten bei der letzten Reichstagswahl an ihre Mitglieder die Fawole ausgegeben, für die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten zu stimmen. (Wo denn? Herr Erkelens.) Am interessantesten ist jedoch der Bericht, den Erkelens der „Deutschen Presse“ über die Versammlung aufsandte und der am 20. März veröffentlicht wurde. Hierin finden wir den quasi betenden Erkelens. Er schreibt darin: „Jeder Arbeiter müsse auch noch seinem evangelischen oder katholischen Arbeiterverein, seiner nationalen Organisation angehören.“

Dieser jetzt aus Mitgliederzorn frumm gewordene Herr Erkelens, der auf einmal zum Propagandist für konfessionelle Arbeitervereine geworden ist, schrieb damals in seinem Gewerkschaftsbote vom 4. 3. 04: „Das selbste gerade noch, daß in den deutschen Gewerkschaften den Mitgliedern von der Notwendigkeit des Anschlusses an die evang. oder kath. Arbeitervereine geredet würde!“ — Und heute!!! Auch einer nationalen Organisation sollen die Christlich-Deutschen Mitglieder angehören, rät Erkelens. Welchen Sinn eine solche Mahnung und das schon vorhin erwähnte Kaiserhoch im Lager dieser Richtung hat, erkennt man, wenn man das Erkelens'sche Organ „Der Gewerkschaftsbote“ vom 17. 3. 05 zur Hand nimmt. Mit Bezug auf die 1848er Vorläufer und dem König Friedrich Wilhelm IV. heißt es dort: „Sie schummern (die 219 Märzgefallenen), nachdem vor ihren Leichen der damalige wahnsinnige König von Preußen den Hut ziehen mußte... da schummern sie, die Opfer stonder Herrschergewalt... Es traktierten die Gewehre, da liegen 219 Leichen, aber der gekrönte Narr muß vor ihnen den Hut machen.“ „Als Anhänger der Sozialdemokratie kann jeder Gewerkschaftler sagen.“ schrieb „Der Gewerkschaftsbote“

in Nr. 33 vom 16. August 1901. Eine Bestätigung des Vorstehenden machte das offizielle Organ, „Der Regulator“ in seiner Nummer vom 8. 1. 06, indem er schrieb: „Doch wählen bei politischen Wahlen christlich (Christlich-Deutsche) Mitglieder „ultramontan“ als freiständig und noch weit mehr sozialdemokratisch.“

Vorsitzende Straß in Gegenjah zu dem, was Erkelens in Bromberg sagte und in der „Deutschen Presse“ schreibt, zeigen so recht das Hin- und Herschwanken der S.-D. Richtung. Und solche Zweifelhäftigkeit nennt man dann „fundamentale Grundzüge“. — Welcher Lohn! Unsere Bromberger Kollegen haben Veranlassung genommen, durch ein geeignetes Flugblatt den S.-D. die Heuchlermaske herunterzuziehen. Sie werden auch in Bromberg dafür Sorge tragen, daß dort die S.-D. Blume nicht in den Simmel wachsen.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft wird für die weitere Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften Sorge tragen, eingebend der Wahrheit, daß sie nur hier eine nachdrückliche Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen unter voller Achtung ihrer religiösen Überzeugung finden kann.

Schiffenried. Am 19. April fand hier eine zahlreiche besuchte Versammlung der Königl. Hüttenarbeiter statt, der die Kollegen ein reges Interesse entgegenbrachten. Anlaß zu dieser außerordentlichen Versammlung gaben Anmerkungen der Werksleitung den Arbeitern gegenüber, welche sich auf die Akkordliste bezogen, wie: „Das, was da steht, habe keinen Wert“; ferner die Kürzung des Lohnes in einer Kolonne. Auch die seit neuerer Zeit wieder veränderte Behandlung des Arbeiterausschusses, insbesondere der einzelnen Arbeiter von Seiten des Werksleiters, welcher wegen jeder Kleinigkeit derart nervös wird, daß ein harmonischer Verkehr unmöglich ist; sowie der flauere Geschäftsgang kam in der Versammlung zur Sprache. Kollege Gerhard (Schwab-Gmünd) nahm wiederholt das Wort zu Ausführungen über die zurzeit herrschende Geschäftskrise, insbesondere über die Verhältnisse auf den staatlichen Hüttenwerken, um dann auf den Wert der Organisation für die staatlichen Arbeiter hinzuweisen, und die Kollegen zum treuen Mitarbeiten und Festhalten an der Organisation ermunterte. Zum Schluß wurde folgende Resolution vorgelesen, welche lebhaft begrüßt und einstimmig angenommen wurde:

„Es am 19. April im oberen Bräuhaus tagende, zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter des Königl. Hüttenwerks Schiffenried nimmt mit Befriedigung Kenntnis, daß die Kgl. Werksleitung nicht in der Lage war, eine das Arbeitsverhältnis betreffende Anfrage des Arbeiterausschusses in entsprechender Weise zu beantworten. 2. Die Versammlung ersucht die Werksleitung dringend, die zwischen ihr und dem Arbeiterausschuss vereinbarte und von der Kgl. Bergdirektion genehmigte Akkordliste genau einzuhalten und dementsprechend den verdienten Lohn auszuführen. 3. Die Versammlung erwartet von der Kgl. Werksleitung, daß die bei den Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuss und im Verkehr mit dem einzelnen Arbeiter in jüngster Zeit keineswegs einwandfreie Behandlung seitens der Kgl. Werksleitung zukünftig eine bessere wird.“

Es wurde noch der Wunsch ausgedrückt, die Resolution möge einigen Tageszeitungen übermittelt werden, dem auch stattgegeben wurde. Die Tagesblätter kamen auch dem berechtigten Wunsch der Arbeiter nach, nur das Bezirksblatt machte eine unruhliche Ausnahme, indem es den Beschluß in ganz verflämmerter Form wiedergab. Die Arbeiterschaft wird sich das in guter Erinnerung behalten.

Nun liegt es an den Kollegen des Hüttenwerks, daß sie durch treues Festhalten am Verband zeigen, daß mit ihnen nicht umgegangen werden soll wie mit Bleisoldaten, sondern daß sie, wenn sie ihre Arbeiten pflichtgetreu erfüllen, dafür eine menschenwürdige Behandlung und die Auszahlung des vereinbarten und verdienten Lohnes verlangen. Den Unorganisierten mögen diese neuesten Vorgänge zeigen, wohin die Reise führen würde, wenn wir keine starke Organisation hätten. Also geht dahin, wo ihr hingehört, wo die Interessen der Arbeiter am besten gewahrt werden, in den christlichen Metallarbeiterverband!

Menden. In welcher rücksichtsloser Weise man mit Arbeitern verfährt, die sich irgendwie mißliebig gemacht haben, beweist die Firma Hüttenwerk u. Dicks in Menden. Wurde doch von derselben vor kurzem ein Arbeiter gekündigt, der 16 Jahre lang im Betriebe tätig ist. Schon die langjährige Beschäftigung ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß der gekündigte Arbeiter kein Faulenzer war. Die Firma hat dieses auch anerkannt, denn als der Arbeiter vor einigen Jahren eine bessere Stellung anderwärts annehmen wollte, veranlaßte man ihn zum Bleiben. Über Dankbarkeit ist eine schwache Seite der Herren Hüttenwerk u. Dicks. Nicht einmal die Gründe der Entlassung sind dem Arbeiter kundgegeben. Gewiß nicht ohne Grund. Anscheinend liegt nämlich eine Denunziation vor.

Dem Vertreter unseres Verbandes erklärte Herr Dicks eine Aufklärung niemandem schuldig zu sein. Der Hinweis auf die lange Tätigkeit des betr. Arbeiters war nutzlos. „Wir machen, was wir wollen und lassen uns nicht bremsen“, erklärte genannter Herr. Entzweierweise handeln nicht alle Unternehmer so. Wenn ein sozial gerecht denkender Arbeitgeber wird seinen Arbeiter aus Straßenpflaster werfen, ohne ihm Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben. Den Arbeitern von Hüttenwerk u. Dicks sei dieser Vorfall aber eine ernste Mahnung. Sorgt durch den Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband dafür, daß solche Maßnahmen energig zurückgewiesen werden können.

Hensburg. Im Winter 1908/09 hielten wieder einige arbeitslose geübte Herren in der christlichen Gewerkschaft hier einen sozialen Unterrichtskursus ab. Es wurde hauptsächlich Bürgerkunde betrieben: Staatsverwaltung und Verwaltung, Arbeiterversicherung, Gewerkschaft, Dienst- und Werkvertrag des B. G. B., Mietrecht, wichtige Lehren des Zivilprozesses, Lohnbeschlagnahmegebot. Zum Schluß hielt Dr. jur. Reimers einen Vortrag über die Reichsfinanzreform, indem er — ohne traurig auf Parteilichkeit einzugehen — die Regierung

Vorlage nebst Begründung an der Hand der Schloßsche... Rede wiedergab.

Den Unterrichtsabend wurde leider noch nicht ge... gehalten. Und doch war die Gelegenheit so günstig...

Brühl (Bez. Köln). Im hiesigen Kölner Eisenwerk... haben sich Zehntausende herausgebildet, die den Arbeitern...

Durch überaus schlechtes Material, welches zur Ver... wendung gelangt, werden die Formen infolge des häufigen...

Das Straßsystem steht gleichfalls in schönster Blüte... Schnapsbrennen im Betriebe ist — und zwar nach unsemem...

Aus der Fülle der vorhandenen Mißstände mögen diese... worab genügen, wir aber fragen: „Können die Formen...

Soziale Wahlen.

Strasburg. Am Sonntag den 25. April fanden in Strasburg i. E. die Delegiertenwahlen zur...

Auf die christliche Liste entfielen im Jahre 1905... 365 Stimmen, bei der letzten Wahl 742 Stimmen.

Bemerkenswert ist noch, daß die Herren Sozi... es nicht verstanden, unter gebedeter Flagge zu segeln.

Auch heute scheint man sich nicht (da man wahr... scheinlich nicht genug Bewußtsein aufweisen konnte),

den, um geeignete Kandidaten anzubestellen. So ge... schah es hier z. B. bei dem Verbändchen der Mil...

An den christlich organisierten Arbeitern wird... es aber nun liegen, ihre Organisation auszubauen,

Darum, Kollegen, frisch auf zur Tat!

Soziales.

Zur Arbeitskammervorlage.

Die dem Kartell der christlichen Gewerkschaften von... Hannover und Umgegend angeschlossenen Ortsgruppen ha...

Am gleichnamigen Sinne haben die christlichen Ar... beiter in Osnabrück, Krefeld, Düsseldorf, Köln, M.-Gl...

Geldengänge an der Hauptkasse.

- Monat April. Wilsch 19,87 Mk., Borsowka 23,96, Schwartau —, 72,...

Sterbetafel.

Wald (Rhld.) Unser Kollege Josef van Gel;... starb nach kurzer Krankheit an Lungenentzündung im...

Verbandsbezirk Strasburg i. E.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonn... tag, den 18. Juni, in Villigen, morgens 10...

- 1. Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters. 2. Aufgaben der Ortsgruppenverbände in Verwaltung...

4. Wahl des Bezirksvorstandes. 5. Verschiedenes. Etwaige Anträge sind bis zum 20. Mai spätestens...

Versammlungs-Kalender.

- Aachen. Montag, den 19. Mai, abends punkt 8 1/2 Uhr, bei Blum in der Franzstraße. Versammlung der Arbeitervereinsvereinigungen.

flugszettel :: :: Plakate Eintrittskarten :: :: Mitgliedskarten Programme :: :: Liedertexte Statut-Abdrücke, überhaupt alle Vereins- und Privat-Druckfachen...